Inhaltsverzeichnis

Vorwort .................................................................................................................. 7

Helene Schwärzel:
Das kleine Leben einer einfachen Frau ................................................................. 12
Carl Goerdelers Weg in den Widerstand ............................................................... 24
»Da sitzt der Dr. Goerdeler!« ............................................................................. 32
Eine Million Reichsmark Belohnung ................................................................. 38

Berlin: Der Tod Hitlers und das Weiterleben der Helene Schwärzel .................. 43

Denunziation, Verhaftung und Untersuchungshaft .............................................. 53

Ein Prozeß – und fünfzehn Jahre Zuchthaus ...................................................... 62

Revision – und die Mittäter ließ man laufen ..................................................... 82

Helene Schwärzel und das Recht ....................................................................... 98

Denunziation – das Bindeglied zwischen NS-Regime und Volk ...................... 107

Justitia ist männlich ......................................................................................... 114

Judasfrauen? .................................................................................................... 123

Einige Bemerkungen zum Buch und dem Film »Die Denunziantin«
Thomas Mitscherlich ......................................................................................... 132

Die herausgerissenen Tagebuchseiten
Axel Eggebrecht .......................................................................................... 136

Bildnachweis .................................................................................................. 138

Zur Autorin .................................................................................................... 139
Vorwort


Als wir sie fragten, warum sie nach der Entlassung aus der Haft ein so unstetes Leben geführt habe, erfuhr wir, daß sie sich verfolgt glaubte. Sie hatte immer als Haushälterin gearbeitet, meist in Privathaushalten, und wenn ein Wort der Kritik an ihrer Arbeit fiel, glaubte sie sofort, daß sie enttarnt sei. »Da kam die Frau und sagte: »Helene, das Wohnzimmer haben Sie aber nicht gründlich genug sauber gemacht.« Und da wußte ich, die haben das mit dem Dr. Goerdeler herausgefunden, und ich habe mir sofort eine neue Stelle gesucht.« Ihre Verwandten und Bekannten erhielten übrigens letzte Lebenszeichen von ihr in den 60er Jahren und wählten sie bereits lange tot.


Ein zweites Gespräch kam nicht mehr zustande. Sie hatte sich anders entschieden: Wie einige schriftliche Äußerungen zeigen, hielt sie uns für Abgesandte aus dem Reich des Bösen und versperrte sich total. Wir haben das respektiert, nicht zuletzt, weil sie schon 1952 geäußert hatte, sie suche nur noch ihre Ruhe. In ihrer Antwort auf einen Brief von uns, den sie völlig mißverstanden hatte, schrieb sie: »Auch das Stück Lebensgeschichte hat seinen Wert, bitte keinen Neid! Es ist nun mal mein wertvolles Leben, Gott sei Dank!!«

Natürlich mußte sie ihrem Leben nach der Hinrichtung Carl Goerdelers einen Wert zusprechen. Unabhängig davon ist ihre Geschichte für uns wichtig, die Geschichte einer einfachen Frau, die durch einen Zufall in das Rampenlicht der Öffentlichkeit geriet, deren Verhalten als vorbildlich hingestellt und nach einem politischen Umbruch wenige Monate später als unmenschlich, als Verbrechen, verdammt wurde.


Während nach dem Zusammenbruch der DDR die Diskussion um die Stasi und ihre Inoffiziellen Mitarbeiter die deutsche Öffentlichkeit stark bewegte, war es in der Nachkriegszeit um die Bedeutung der Denunziantentums im Dritten Reich merkwürdig still geblieben. Erst in den letzten Jahren haben Historiker damit begonnen, dies aufzuarbeiten.


Die Geschichte der Helene Schwärzel handelt nicht nur von ihrer Denunziation, sie wirft auch ein Schlaglicht auf die deutsche Justiz in der Nachkriegszeit. 1945 war offenkundig - dies machten auch die Alliierten unmißverständlich klar -, daß die Justiz mittelbar und unmittelbar ein

Darüber hinaus wirft der Prozeß die grundsätzliche und seit 1989 erneut heftig diskutierte Frage auf, ob es jenseits des jeweils geltenden Rechts gültige Normen gibt, die nach dem Zusammenbruch eines Regimes für die Rechtsprechung als Leitfaden gelten können. Die Justiz scheint nur ein begrenztes Instrumentarium zu bieten, um die Hinterlassenschaften eines Regimes aufzuarbeiten. Strafverfahren jedenfalls können, so die Erfahrungen in der alten Bundesrepublik, einen öffentlichen Diskurs über die Vergangenheit nicht ersetzen - diese Diskussion wurde in beiden Teilen Deutschlands nur ungenügend geführt. 1946 war es eine Frau, eine Denunziantin, an der die von den Alliierten geforderte Vergangenheitsbewältigung stellvertretend praktiziert wurde.


DIE im Buch wiedergegebenen Dokumente und Unterlagen lagen uns zur Publikation nicht im Original, sondern nur als Kopien aus Akten oder als Ausdrucke von Mikrofilmen vor. Wegen ihrer Bedeutung für die Dokumentation der Geschichte der Helene Schwärzel haben wir beschlossen, sie trotz der schlechten Qualität abzubilden.

Helene Schwärzel: 
Das kleine Leben einer einfachen Frau

Wer war diese Frau, deren Familiename 1946 als Omen gedeutet wurde, so als wäre es ihr vorbestimmt gewesen oder gar in die Wiege gelegt worden, daß sie einmal als »tödbringende Hexe« in die Welt des ehemaligen Oberbürgermeisters von Leipzig eindringen werde?


Reich waren die Goerdelers nicht. Man lebte jedoch in einem behaglichen Wohlstand und genoß Ansehen und Respekt, was gerade in Westpreußen, wo noch die - meist adeligen - Großgrundbesitzer das öffentliche und politische Leben prägten, für eine bürgerliche Juristen- und Beamtenfamilie von höchster Bedeutung war. Die Juristenlaufbahn und damit die Übernahme eines öffentlichen Amts galt als vorgezeichnete Karriere für Carl Goerdeler. Allenfalls äußere Ereignisse konnten diese seit Generationen geordnete und gesicherte Welt bedrohen.

Der Erste Weltkrieg, an dessen Ende die Revolution von 1918 die Monarchie hinweggefügt hatte, bedeutete das Ende der patriarchalisch-hierarchischen Welt, in der Carl Goerdeler aufgewachsen war. Goerdeler

1 Das folgende vor allem aus dem von Prof. Dr. Müller-Heß und Frau Dr. Nau erstellten gerichtsmedizinischen Gutachten zusammengestellt, Akte Bl. 134-157.
zählte zu jenen, die die Ethik und Normen dieser vergangenen Welt in die »neue Zeit« hineinretten wollten.


Die Mutter, die von Helene Schwärzel als temperamentvolle, aber häufig verzwielte Frau geschildert wird, litt sehr unter der Sucht des Mannes. Sie versuchte, durch Überanpassung, Strenges und Aufoberung den Kindern gegenüber die Trunksucht des Mannes zu verbergen und zu kompensieren.


Helene übernahm die Wertvorstellungen ihrer Mutter: Pflichterfüllung, Aufopferung und vor allem das Prinzip des »Nicht-Auffallens«. Gleichzeitig überließ sie sich aber weitgehend ihren Emotionen und Sehnstüchtern, ihren Träumereien und Fluchten. Sie war leicht zu beeinflussen und übernahm geltende Normen, ohne nachzudenken. Politik interessierte sie nicht, allerdings, so erklärte sie, »glaubte ich auch an Hitler«. Das wiederum brachte sie in Konflikt zu den Normen ihrer Mutter, die ihr über die Nazis »stets nur das Schlechteste prophete« habe. Planvolles Handeln lag ihr fern. Solange ihre Lebenswelt überschaubar blieb, war sie durchaus lebensstüchtig. »Der Mensch denkt, Gott lenkt«, diese Devise enthielt sie weitgehend der Verantwortung für sich selbst.

Helenes Leben. Er schien sie zu mögen, und sie vertraute ihm. Weil er dem Vater so ähnlich war, konnte sie sich aber auch nicht vor ihm schützen. Tobias bemühte sich um die unscheinbare Schwägerin und verführte sie. Helene war von Schuldfühlen geplagt und konnte deshalb die Sexualität mit Tobias nicht genießen. Hierzu Helene:

»Denn ich war vorher schon immer ängstlich und unruhig. Gott hatte mir jedes Mal ein Zeichen gegeben, daß es nicht recht war. Mein Schwager wunderte sich, warum es bei mir nicht zur Vollendung kam... Ich vergrub das Erlebte als ein Geheimnis in mir und wollte nie daran rühren, außer, ich hätte geheiratet.«


Im Frühjahr 1944, der Krieg rückte näher an Ostpreußen heran, war Westpreußen noch eine Idylle des Friedens. Da die Rote Armee zunächst versuchte, in Oberschlesien durchzustoßen, war die Front noch weit entfernt. Königsberg wurde erstmals im August 1944 bombardiert. Der Krieg spielte sich vornehmlich in den Rundfunkmeldungen, den Zeitungen und in den Briefen der Männer von der Front an die daheimgebliebenen Familien ab.

Hitler-Mythos und Stimmung der Bevölkerung


1 Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1989, S. 139.


1 Ebd., S. 150.

Am 13. Juli berichtete der Chef des Sicherheitsdienstes, Ernst Kaltenbrunner, daß die Bevölkerung voller Sorge sei:

»Die Unmöglichkeit für jeden einzelnen, die Zusammenhänge zu erkennen und die Frage nach dem Zeitpunkt der immer sehnsüchtiger erwarteten Entscheidung im Westen und einer Wendung im Osten zu beantworten, wirkt so deprimierend, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung eine unbeirrt zuversichtliche Stimmung bewahrt.«3


ten die Ostpreußen ihr uneingeschränktes Vertrauen zum Führer. Der Durchhaltewillen, wie er sich dort völlig ungebremst äußerte, basierte weniger auf der besonders festen nationalsozialistischen Überzeugung der Ostpreußen, auch wenn im März 1933 die NSDAP hier 56% der Stimmen errungen hatte, sondern auf tradierten Überzeugungen. Die preußischen Tugenden, zu denen Pflicht, Gehorsam und eine soldatische Grundhaltung ebenso zählten wie nationaler Selbstbehauptungswille, galten dort als oberste Erziehungsverpflichtung. Neben der Lebendigkeit des Tannenberg-Mythos hegten die meisten Menschen in diesen östlichen Grenzregionen des Deutschen Reichs ein tiefer verwurzeltes Überlebensgefühl gegenüber den Slawen, das die Wahrnehmung der Realität an der Front erschwerte. Der Glaube an den Endstab war in Ostpreußen bis zu den Evakuierungen und Räumungen im Oktober 1944 fast ungebremst. Auch wurde der Londoner Rundfunk nur selten gehört: Sei es, weil dies in den ländlichen Gebieten technisch unmöglich war, da die entlegenen Dörfer und Höfe keinen elektrischen Strom hatten, sei es, weil die auf Obrigkeit fixierten Menschen eben nichts taten, was verboten war. Gerade weil das Leben dieser Menschen durch Generationen tradierte Werte bestimmt und ihre Welt von einer festgefügten, fast ständischen Ordnung geprägt war, überforderte die drohende Niederlage ihr Vorstellungsvermögen.4


---

1 Marlis Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen, S. 456.
2 Ebd., S. 459/460.
Volksgenossen glauben jetzt mehr noch wie früher an die große Sendung des Führers und seinen ihm vom Schicksal gestellten Auftrag.\textsuperscript{1} Aus den Gauen wurde ein erheblicher Stimmungsanstieg vermeldet, da »die Freude über das Mißlingen des Anschlages...bei weitem die durch die militärischen Ereignisse an den Fronten hervorgerufenen stimmungsmäßige Depression« überwog.\textsuperscript{2}

Unmittelbar nach dem Attentat wurden Anweisungen vom Reichspropagandaministerium an die Presse und Funktionsträger gegeben, in welcher Weise der Putschversuch propagandistisch instrumentalisiert werden sollte. Goebbels nutzte geschickt das Attentat und die Verfolgung der für den Putschversuch Verantwortlichen aus, um die zunehmende Unzufriedenheit etwa über die Privilegien »höherer Schichten« zu kanalisieren. Zugleich konnte - wenn auch nur für kurze Zeit - von der äußeren Bedrohung abgelenkt werden. Es wurde der Anschein erweckt, als seien die Offiziere und Generale, die an der Planung des Attentats beteiligt gewesen waren, auch für die militärischen Niederlagen verantwortlich. Überall im Reich wurden Treuekundgebungen für den Führer organisiert, deren propagandistische Marschroute in Berlin festgelegt wurde: »Hinter dem Putsch steht ein kleiner, reaktionärer Verräterklüngel.«\textsuperscript{3} Allerdings stand die NS-Propaganda vor einem Dilemma. Keinesfalls durfte der Eindruck entstehen, daß größere Teile der Wehrmacht und des Adels involviert waren und daß von den am Putsch Beteiligten tatsächlich eine Bedrohung für das Regime ausgegangen sei. Dementsprechend lautete die Anweisung an die Presse: »Es ist Aufgabe der Zeitschriftenpresse, die innere Bereitschaft des deutschen Volkes zur totalen Mobilmachung aller Kraftreserven nach Niederschlagung des Puschtes vom 20.7.1944 in Eigenarbeit auf breite Grundlage zu stellen. Die Frage des Komploys ist demgemäß nur kurz zu streifen, desto größer ist in grundsätzlichen Betrachtungen die Lehre zu behandeln, die das deutsche Volk aus diesem Ereignis zieht und das gleichzeitig auch den Beweis bringen wird, daß jetzt wirklich alle Kräfte für den totalen Kriegseinsatz freigeworden sind.«\textsuperscript{4} Ausdrücklich wurde der Sprachgebrauch geregelt: Es handle sich nur um eine kleine Clique bzw. eine Kamarilla von verräterischen Elementen, der Begriff des Offiziers sei nicht anzuwenden, die gesamte Wehrmacht gehe makellos aus diesem Putschversuch hervor.\textsuperscript{5}

Der Regierungspräsident von Königsberg telegrafierte nach Berlin, die ostpreußische Bevölkerung habe Empörung und Wut geäußert. Sie forderte harte und schnelle Bestrafung der Schuldigen und »ein rücksichtsloses Ausbrennen dieses Eitergeschwürs.«\textsuperscript{6} Diese und andere »Stimmungsbilder« waren in erster Linie ritualisierte Äußerungen von NS-Funktionsträgern. Doch sie entsprachen zugleich der allgemeinen Stimmung. Kaltenbrunner fuhr fort, »...daß sich die Bevölkerung in der Verurteilung des Verbrechens in der Freude über die Rettung des Führers und in der Hoffnung auf durchgreifende Maßnahmen so einigt ist, wie dies kaum bei irgendeinem Ereignis des Krieges der Fall gewesen ist.«\textsuperscript{7}

\begin{enumerate}
\item BA R 55.614, Anweisung Goebbels an alle Gauleiter v. 23.7.1944.
\item BA ZSJ 115-22, Sammlung Nadler II 17/44.
\item Jacobsen, S. 624, Reichspropagandaamt Osthannover an Gauleiter etc. v. 24.7.1944.
\item Ebd., Telegramm v. 21.7.1944.
\item Steinert, S. 8.
\end{enumerate}
Carl Goerdeler's Weg in den Widerstand


Carl Goerdeler, dessen Bild von der Biographie Gerhard Ritter geprägt wurde, galt lange als »Widerstandskämpfer der ersten Stunde«. Vor einigen Jahren hat die Tochter Goerdelers, Marianne Meyer-Krahmer, die gemeinsam mit der Mutter ebenfalls verhaftet worden war, Erinnerungen an ihren Vater veröffentlicht, die in liebevoller Weise die von festen sozialen und ethischen Ordnungsvorstellungen geprägte Welt ihres Vaters nachzeichnen. Auch wenn viele ihrer Wortungen die in letzter Zeit vorgenommene Revision an dem Bild Goerdelers zurechtzurücken sollen, zeigt das von ihr entworfene Porträt doch, wie sehr Goerdeler in der von einem national-konservativen, antidemokratischen Gedankengut geprägten Gesellschaft Ostpreußens verhaftet war und bis zu seinem Tod blieb.

Carl Goerdeler hatte sich in der Weimarer Republik einen Ruf als besonders fähiger Kommunalpolitiker aus dem konservativen Lager - seit 1922 war er Mitglied der Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) - erworben. Die wesentlichen Stationen seiner Karriere waren:

seit 1912 1. Beigeordneter der Stadt Solingen
seit 1920 2. Bürgermeister von Königsberg
seit 1930 gewählter Bürgermeister von Leipzig
seit 1931 Reichsreisekommissar im Kabinett Brüning

Er zählte zu jenen Politikern aus dem bürgerlichen Lager, die im Vertrag von Versailles und in der demokratischen Verfassung der Weimarer Republik die eigentlichen Ursachen für die tiefgreifende politische, soziale und ökonomische Krise sahen. In mehreren Denkschriften an den Reichspräsidenten Hindenburg vertrat er die Auffassung, der »Fluch des Parlamentarismus« könne nur durch die »Mobilisierung aller Volkskräfte« überwunden werden, wozu eine »Diktatur über Jahre hinaus« erforderlich sei. 3

Hier werden Grundzüge einer autoritären Staatsaufsicht deutlich, wie sie die traditionellen Herrschaftseliten noch in der Weimarer Republik vertraten, und in der die Affinität dieser Gruppen zu Versatzstücken der nationalsozialistischen Ideologie begründet war.


Bis zum Schluß hoffte er, ein Gespräch mit Hitler herbeiführen oder

¹ Ritter, S. 435.

zumindest auf die SS und Himmler einwirken zu können. Er akzeptierte die Aufgabe der Gestapo mit ihrer »Wahrheitssuche«: In seinen Vernehmungen betonte er die Größe und Bedeutung der Verschwörung mit ihren weitreichenden Verbindungen. Noch in der Haft verfaßte er Briefe an Hitler und an den Stockholmer Bankier Jakob Wallenberg:

»Da England auf den Sturz des Nationalsozialismus nicht rechnen kann, muß es mit dem jetzigen Deutschland Waffenstillstand schließen. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus kostet ihn sonst seine ganze Zukunft...
Ich habe den Europa rettenden, England und die USA befriedigenden Friedensplan fertig...
Ich weiß, daß die Nazis, die unter meinem im Gefängnis ausgeübten Einfluß das Kriegsspiel bereits begrenzt haben, mitmachen würden...«¹

Dieses Schreiben wurde nicht mehr abgesandt.

Das Fallbeil im Gefängnis Plötzensee

¹ Ritter, S. 458.
»Da sitzt der Dr. Goerdeler!«


Nach dem 2. August 1944 war in den Zeitungen mehrfach ein Foto von Carl Goerdeler mit folgendem Text erschienen:


Helene Schwärzel sah diese Meldung vermutlich in der »Elbinger Zeitung«. Spontan sagte sie zu ihren Kolleginnen: »Den kenne ich.« Hierauf entwickelte sich ein Disput, denn niemand glaubte ihr, daß ausge- rechnet sie, die kleine Schwärzel, den ehemaligen Oberbürgermeister von Leipzig persönlich kannte. Helene verstummte, wieder einmal wurde sie nicht ernst genommen, machte man sich ein wenig lustig über sie. Man ließ die Angelegenheit auf sich beruhigen...


1 Völkischer Beobachter vom 8. August 1944.

Hellbusch verläßt den Raum, um auf der Straße Ausschau nach dem Fremden zu halten. Schadwinkel, dem die aufgeregtene Helene offenbar auf die Nerven geht, fordert sie auf, doch selbst den Landjäger anzurufen, wenn sie sich so sicher sei. Sie weigert sich mit der Begründung, daß das Männersache sei, und drängt: »Um Gottes willen, lassen Sie den Mann nicht laufen. Sie werden sonst sehen, was sie davon haben.« Hellbusch kehrt zurück. Er hat Goerdeler draußen nicht mehr entdeckt und beschließt, dem Mann mit Helenes Fahrrad zu folgen. Schadwinkel begleitet ihn.


Helene und andere

Die Suche nach den Motiven, die zu der folgeschweren Denunziation am Morgen des 12. August 1944 in Konradswalde führten, ergibt schnell, daß politische Beweggründe nicht in Frage kommen.


Kurzmeldung über die Verhaftung Goerdelers

**Gördeler verhaftet**

**Berlin, 21. August**

Der flüchtige Oberbürgermeister a. D. Dr. Karl Gördeler konnte durch die Aufmerksamkeit einer Luftwaffenstabsheftlerin unter Mitwirkung von zwei Angehörigen der Luftwaffe in Westpreußen festgenommen werden.
sie repräsentiert durch Männer, etwa ihre Vorgesetzten auf der Zahlstelle. Die pseudoreligiöse Inszenierung des Hitler-Mythos bewirkte bei einer Frau wie Helene, die zu mystischen Schwärmeien neigte, daß der Führer gottähnlich wurde.


Carl Goerdeler vor dem Volksgerichtshof

der Fall Schwärzel auf eine Grundfrage des menschlichen Verhaltens in diktatorischen Systemen: Wie laufen Kommunikationsprozesse ab, in denen gegenseitiger Druck, Angst, aber auch Erwartung erzeugt werden, bis jemand zum Täter wird? Denunziationen werden selten allein »im stillen Kämmerlein« vorbereitet. Wie funktionieren solche Netze von »Übereinstimmungssucht« (Christa Wolf)?

Eine Million Reichsmark Belohnung


»Gördeler verhaftet. Der flüchtige Oberbürgermeister a. D., Dr. Karl Gördeler, konnte durch die Aufmerksamkeit einer Luftwaffen-Stabsleferin und der Mitwirkung von zwei Angehörigen der Luftwaffe in Westpreußen festgenommen werden.«


1 Zum Beispiel Völkischer Beobachter v. 19.8.1944.

1 BA Koblenz ZSg 116/531, Deutsches Nachrichtenbüro vom 1.8.1944.
Reichspressechefs deutlich, der in den Tagesparolen für den 9. und 10. August folgendes schreibt.\footnote{BA Koblenz, ZSg 119/9 fol.1, Tagesparolen des Reichspressechefs v. 9. u. 10.8.1944.}

»Die ausführliche Berichterstattung über den Prozeß gegen die Verbrecher des 20. Juli ist zum Anlaß zusammenfassender und abschließender Meldungen zu machen, wobei insbesondere die moralische Verkommenheit, die ekelhafte Ignoranz und die reaktionäre Haltung besonders hervorzuheben sind.« (9.8.1944)

»Nachdem der Attentatsprozeß seine ausführliche Beachtung in der Presse gefunden hat, ist es die Aufgabe der Zeitungen, mehr wieder die Aufmerksamkeit des breiten Publikums auf die zwingenden Notwendigkeiten des totalen Kriegseinsatzes hinzuzulenken...« (10.8.1944)


Daher war es nur folgerichtig, daß später außer einigen Fotos, die in der »Berliner Illustrierten Zeitung« vom 11. September veröffentlicht wurden, über die Rolle von Helene Schwärzel nicht mehr berichtet wurde.

Helene Schwärzel scheint sich gegen diesen Fototermin gewehrt zu haben. Doch der SS-Mann, der sie, noch bevor sie den Scheck erhalten hatte, zur »Volkserziehung im Auftrage des Reichsführers« fotografieren sollte, konnte sie überreden. Zunächst ging man zur Deutschen Bank, doch der Bankdirektor lehnte das Fotograferen ab - vielleicht hielt er es für schlechte Publicity, wenn die Deutsche Bank mit der Denuzianion Goerdelers in der Öffentlichkeit präsentiert würde. Die Dresdner Bank sah das offenbar anders, das Konto wurde dort eröffnet. Helene Schwärzel wurde bei der (inszenierten) Einzahlung des Schecks fotografiert. Die eine Million Reichsmark war ihr in Reichsanleihen ausbezahlt worden. Sie konnte diese Anleihen in Bargeld umwechseln, was sie allerdings nicht tat. Der Bankdirektor bedauerte ihr, daß von ihr erwartet werde, einen größeren Betrag zu spenden. Sie lehnte ab, für die NSDAP Geld zu geben, spendete jedoch je 50.000 RM an das Rote Kreuz und an die Stadt Königsberg für die Bombenopfer.\footnote{Vernehmung v. 19.1.1947, Bl. 81R.}


Helene Schwärzels Traum, einmal im Leben etwas Besonderes zu sein, der sich ja in gewisser Weise erfüllt hatte, wurde überlagert von Ängsten. Sie habe es für ihre Pflicht gehalten, »nach dem Aufruf von Hitler, die Beteiligten am Attentat vom 20.7.44 bei Erkennen sofort zu melden. Andererseits war es auch mein Gefühl, daß der >größte Lump im ganzen
Land der Denuziant« sei - ein Satz, den auch ihre Mutter zu ihr gesagt hatte. Aber es war nicht nur das Erschrecken darüber, daß sie für den Tod eines Menschen verantwortlich war, noch dazu eines Menschen, den sie verehrt hatte, sondern auch Angst vor Strafe. Der Psychiaterin Frau Dr. Nau, die 1946 damit beauftragt wurde, ein Gutachten über Helene Schwärzel zu erstellen, sagte sie, daß sie bereits in Konradwalde, also unmittelbar nach der Tat, krank geworden sei, und weiter:


---

1 Vernehmung v. 1. Juni 1946, Bl. 90 R.
2 Bl. 139 R.

Berlin: Der Tod Hitlers und das Weiterleben der Helene Schwärzel


Die Flüchtlingsströme aus den Ostgebieten des Reichs ergossen sich seit Ende 1944 ununterbrochen nach Westen.


Spätestens nach der Einnahme von Frohnau konnte Helene Schwärzel die Augen und Ohren nicht länger vor der Niederlage des Deutschen Reiches verschließen - zu nahe waren die Stalinorgeln.


---

3. Zit. nach Gerhard Kriers u.a., Berliner Alltag im Dritten Reich, Düsseldorf 1981, S. 144.
Die Oberbürgermeister der Stadt Königsberg (Pr)

Gehr, geschätzte Frau Schrätzl!

Für Ihre hocharzige Spende von 50.000 RM zur Linderung der Schaden, die die Bürger Königsbergs durch die feindlichen Terrorismus-Angriffe erlitten haben, sage ich Ihnen Ihrer Vaterstadt Königsberg (Pr) herzlichen Dank und bestätige den Eingang der Spende.

Ich habe in Aussicht genommen, die Mittel Ihrer Spende solchen bedürftigen Königsbergern zugute kommen zu lassen, die durch die Terroranschläge ihrer Ernährung berubt oder durch Verletzungen in ihrer Ernährungsfähigkeit beinträchtigt oder sonst besonders schwer betroffen worden sind und glaube, damit in Ihren Siene zu handeln.

Können Ihnen nach der freie Zuversicht, daß das unter unserem Führer in Freue, Götzelfe und Gemeinschaftsgeist zusammengeschworene deutsche Volk unverzüglich ist und daher aus diesem schweren Bingen die Sieger hervor-gehen wird.

Heil Hitler!

[Unterschrift]

Dankschreiben für Helene Schrätzels Spende an die Bombenopfer in Königsberg


Von Politik wollten die Deutschen nichts mehr wissen. Aber immer noch wirkte der Mythos Hitler. Wie amerikanische Umfragen ergaben, war

1 Rolf Italiaander, Arnold Bauer, Herbert Kraft, Berlins Stunde Null, Düsseldorf 1979 S. 134.

1945 noch fast die Hälfte der Deutschen der Meinung, daß der National sozialismus an sich eine gute Sache gewesen sei, nur die Verwirklichung der Idee sei »schlecht« gewesen. Dies erinnert an die Tendenz der Stimmungsberichte des SD 1944, als die Mehrheit der Deutschen zwar Kritik an einzelnen Erscheinungsformen des Regimes hegte, sich hinter der Formel: »Wenn das der Führer wüßte« aber eine weitgehende Zustimmung verbarg.


Mitfahndungs-Ersuchen!

Gesucht wird wegen Verrat an dem nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Gördeler

Helene Schwärzel
aus Eibling (Ostpreußen)

Alle Polizeidienststellen in Deutschland werden aufgefordert energisch nach ihr zu fahnden und bei ihrer Festnahme Nachricht nach hier zu geben.

Denunziation, Verhaftung und Untersuchungshaft


Inzwischen war gegen Jean Blomé aufgrund zahlreicher Anzeigen ein Verfahren eingeleitet worden - er hatte sich seinen Posten bei der Polizei mit einem gefälschten Lebenslauf erschlichen. Der Untersuchungsrichter Arthur Huth, der für den Fall Schwärzel zuständig war, entdeckte bei der Verhaftung von Helene Schwärzel einige Ungereimtheiten.

Jean Blomé hatte nämlich behauptet, daß er bereits vor der Einleitung der Fahndung nach Helene Schwärzel, die am 7. Januar veröffentlicht worden war, ihren Aufenthaltsort entdeckt hätte. Offenbar hatte ein Brief von Elisabeth B. an die Zeitung »Der Morgen«, den der zuständige Redakteur an die Abteilung Blomés weitergeleitet hatte, zur Verhaftung von Helene Schwärzel geführt. Er gab an, sie bereits seit längerer Zeit beschattet zu haben in der Hoffnung, ihre Komplizen zu finden. Sie habe Kontakte zu Männern gehabt, die mit den beiden Zahlmeistern identisch seien.1 Dieses erwies sich als pure Fiktion. Blomé wollte damit seinen

„Das ist doch unser Goerdeler“

Helene Schwärzel verhaftet — Der Verrat und sein „Lohn“


In den frühen Nachmittagstunden des 17. Januar wurde die Leitstelle der Kriminalpolizei in der Dieckensstraße angegriffen. Keiner wüßte vorher, um was es sich handelt. „Die Verräterin Dr. Goerdeler wurde von uns gestern abend verhaftet. Sie befand sich hier, und Sie sollen sie vorgestern bekommen!“ Mit diesen Worten leitete Herr Plombe die Pressekonferenz ein. Aus dem Aiken und dem Protokoll des ersten Verhörs wurde nun der genaue

Hergang des Verhörs


die Neue Zeitung berichtet über die Festnahme Helene Schwärzel

eigenen Anteil an der Festnahme herausreichen. Er hatte mehrmals ihr Zimmer durchsucht und dabei einen goldenen Siegelring, ein Erinnerungsstück an ihren Bruder, eine Armbanduhr und ein Etui mit einem Füllfederschreiber an sich genommen.

Der falsche Kriminalkommissar Blomé — auch eine Nachkriegskarriere


Die Gerichtsakte von Jean Blomé liest sich wie eine Gaunerkomödie. Er war mehrfach vorbestraft, und zwar wegen Betrugs und Zuhälterei. Blomé war offenbar ein notorischer Lügner, der selbst nicht mehr zwischen Lüge und Realität unterscheiden konnte. Er versuchte nicht, das Geflecht von falschen Angaben zu entwirren, sondern erfuhr stets neue. Er war in zahlreiche Schiebereien verwirkt, beschlagnahmte bei Verhängungen Lebensmittel, etwa Fleisch und Liköre, die nie in den Polizeidienststellen auftauchten. Seine Verbrechen von ihm getagte Frau hat er in der Haft, für ihn auszusagen, daß er als politischer Häftling in Buchenwald inhaftiert gewesen sei. Er hatte sie offenbar schmählich im Stich gelassen, und sie wies dieses Ansinnen empirt zurück. Im Laufe der Untersuchungen stellte sich heraus, daß Blomé zwar im KZ Buchenwald gewesen war, aber als »Asozieller«. Wegen wiederholter Betrügereien war er 1938 von
Landgericht Hannover zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, nach seiner Entlassung in Schutzhaft genommen und nach Buchenwald überstellt worden. Dort war er als Spitzel der SS tätig.

Der Fall Blomé wurde prompt im Grabenkrieg zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten als Waffe benutzt: Die SPD warf dem Kommunisten in der Stadtverordnetensitzung im Februar 1947 vor, daß sie leichtfertig Bescheinigungen für »Opfer des Faschismus (ODF)« ausgestellt habe, was von der KPD empört zurückgewiesen wurde. Blomé wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und saß zwei Jahre davon ab, wurde dann aber entlassen, da zu erwarten war, daß das Revisionsurteil geringer als die Dauer der Untersuchungshaft sein werde. Am 30. November 1948 wurde er zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt.¹

Zurück zur Verhaftung von Helene Schwärzel

Bei der Verhaftung hatte sich Blomé nicht für die schwarze Handtasche interessiert, da sie für ihn nichts Wertvolles barg.


Helene Schwärzel stand in Briefkontakt mit ihrer ältesten Schwester Margarete, die als Rot-Kreuz-Schwester in Norddeutschland arbeitete. Zu diesem Zeitpunkt verlangte sie erstmals einen Verteidiger, der »ein Mann sein sollte.«²


¹ Zusammenfassung nach Gerichtsakte Blomé, Landgericht Moabit, 2BJs 791/56, 12Kls 12/46 sowie nach Zeitungsartikeln.
² Bl. 95.
Sie hatte Selbstmordphantasien, die sie aber in Gesprächen mit dem katholischen Pfarrer zunächst aufgab. In einer Gewitternacht schließlich war sie überzeugt, daß ein Mann in die Zelle eingedrungen war und sie geschwägert habe. Tatsächlich blieb die Menstruation einige Zeit aus. Offenbar erschuf sie sich in ihrer Phantasie eine Liebesbeziehung zu einem Mann, den sie Peter nannte. In der Realität war Peter der Sohn ihres Schwagers Tobias und ihrer Schwester Liesbeth.

Am 2. August versuchte Helene Schwärzel, sich das Leben zu nehmen. Allerdings scheint dieser Versuch nicht sehr ernsthaft vorbereitet und durchgeführt worden zu sein - sie ritzte sich mit einer Spiegelglasscherbe die Haut über dem linken Handgelenk auf. Der diensthabende Arzt erklärte sie, daß sie diesen Selbstmordversuch an einem Glückstage unternommen habe - sie habe erfahren, daß sie verheiratet sei.


Huth hatte bereits im Juni veranlaßt, daß ein psychiatrisches Gutachten über Helene erstellt wurde. Der Leiter des Universitäts-Instituts für geistliche und soziale Medizin, Prof. Dr. Viktor Müller-Heß, einer der bekanntesten deutschen Gerichtspsychiater, übertrug den Fall an eine Mitarbeiterin, Frau Dr. Nau. Die Untersuchungen fanden im Friseureinrichtung Charlottenburg statt, wohin Helene verlegt worden war.

Nau und Müller-Heß kamen in ihrem Gutachten zu dem Schluß, daß Helene Schwärzel für ihre Tat voll verantwortlich war. Sie beschreiben sie als einen hysterischen Charakter - hierzu gehört, daß Angst oder fremdes Erleben zu körperlichen Reaktionen führe, sie sich aus der Realität flüchte, sie entscheidungsschwach und Stimmungsschwankungen unterworfen sei.

Das entscheidende Motiv für die Tat seien weder politische Gründe noch die Aussicht auf die Belohnung gewesen, sondern die bei hysterischen Personen häufig auszumachende Geltungssucht. Sie wiesen darauf hin, daß Helene Schwärzel sich bei längerer Haft immer mehr in eine Krankheit oder in mystische Vorstellungen flüchten könnte. 1

Zum Tätersagten die Gutachter, daß die »Außerung der Sch., Gördeler zu erkennen, impulsiv und plötzlich erfolgt ist, aus einem gewissen Geltungsbedürfnis heraus, dem Wunsch, die Tatsache, daß sie, eine bis dahin unbekannte und einfache Frau, einen Menschen von dieser hohen politischen Bedeutung, der von wichtigen und höchsten Stellen gesucht wurde, kannte, sofort nach außen hin kundzutun. Die Offenbarung dieser Gewissheit geschah, wie viele Handlungen der Sch., triebhaft, so daß ihr erst in dem nächsten Augenblick die Folgen ihrer unbeherzten Außerung zum Bewußtsein kamen.«2 Die Gutachter machten deutlich, daß Helene Schwärzel von sich aus nichts weiter zur Verfolgung von Goerdeler unternommen hätte, wenn jemand Einhalt geboten hätte. Sie habe impulsiv und gedankenlos, ohne zu überlegen, nicht aus politischem Fanatismus heraus, gehandelt. Trotzdem, so die Gutachter, habe sie sich nicht in einem seelischen Ausnahmestandpunkt »vollverantwortlich«.


---

1 Gutachten, S. 46f.
2 Gutachten, S. 47
dieser Beziehung von der Gestapo verhört worden. Er schrieb also an Frau Goerdeler, ob sie Einwände habe, wenn er die Frau verteidigte, die ihren Mann verraten hatte. Frau Goerdeler antwortete:

»Ich finde es sehr richtig, wenn Sie die Verteidigung der Helene Schwärzel übernehmen werden. Meine Kinder und ich haben bereits vor Monaten an massgebender Stelle erklärt, daß wir keinerlei Interesse an einer Verurteilung haben. Sicherlich hat sie aus Torheit und aus Angst gehandelt, ahnungslos, was sie angerichtet hat. Mag sie ihr Leben weiterhin unter dieser Last verbringen. Unser Leid kann sie nicht vergrößern oder vergröbern...«


Ein Prozeß - und fünfzehn Jahre Zuchthaus


Auffallend viele der ersten Entschließungen, Direktiven und Gesetze des Kontrollrats bezogen sich auf das Rechtswesen: Ziel der Alliierten war die Beseitigung der nationalsozialistischen Unrechtsordnung. Welchen Stellenwert die Alliierten einer Neuordnung des Rechtswesens zumaßen, zeigt sich daran, daß das erste vom Kontrollrat erlassene Gesetz die Aufhebung von NS-Gesetzen betraf. Hiervon waren in erster Linie die grundlegenden Gesetze betroffen, mit deren Hilfe sich die Nationalsozialisten die Macht im Deutschen Reich gesichert hatten.


Deutsche an Staatsangehörigen der alliierten Nationen begangen hatten, selbst abzurichten. Dies galt ebenso für Straftaten von Ausländern an Deutschen, also etwa für Plünderungen und Gewalttaten, an denen ehemalige Zwangsarbeiter beteiligt waren.

Artikel IV des Gesetzes regelte die personelle Säuberung der Justiz: »Alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, die sich aktiv für deren Tätigkeit eingesetzt haben, und alle anderen Personen, die an den Strafmethoden des Hitler-Regimes direkten Anteil hatten, (müssen) ihres Amtes als Richter und Staatsanwalt entbunden werden und dürfen nicht zu solchen Ämtern zugelassen werden.«

Die besondere Situation in Berlin


zu einer Besprechung befohlen. Bersarin stellte ausdrücklich fest, daß beim personellen Wiederaufbau der Justiz keinerlei Rücksichten auf »wohlerworbene Rechte« zu nehmen seien, sondern allein »die glaubhafte und möglichst nachprüfbar Beweispflanze«, mit dem Richteramt befähige. Tatsächlich hatte die Beteiligung der Sowjets an der Justizhoheit in Berlin zur Folge, daß dort, anders als in den Westzonen, in der Regel nur solche Männer und Frauen Richter bzw. Staatsanwälte wurden, die politisch nicht belastet waren. Da dies nicht auf sehr viele zutraf, wurden z.T. bereits Pensionierte wiederberufen. Rechtsanwälte, die sich dem Druck der Parteorganisatio- 
nen entzogen hatten, wurden als Richter eingesetzt. In einzelnen Fällen wurden auch Juristen, die in anderen Berufen tätig waren, mit dem Richteramt betraut. So wurden an die Spitze des Gerichtsbezirks Berlin zwei »Gerichtsfremde«, Arthur Kanger, von Hause aus Chemiker, und Günter Greffin, Rechtsanwalt und Syndikus, berufen. Generalstaatsan- 
walts wurde der frühere Zivilrichter und Sozialdemokrat Wilhelm Kühnast. Er wurde abgelöst von Hermann Loerbrocks. Dieser war von 1928 bis 1933 als Oberstaatsanwalt in Hannover als Ankläger von SA-Leuten tätig und an einem Verfahren beteiligt gewesen, das der sozialdemokratische Mini- 
sterpräsident von Preußen, Otto Braun, gegen führende Nationalsociali- 
sten angestrengt hatte. 1933 wurde Loerbroks von den Nationalsociali- 
sten zurückgestuft und wirkte als Landgerichtsrat in Scheidungsverfahren. In Berlin erhielt er den Spitznamen »die Eiche«, da er die Verfolgung der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sei- 
nem Hauptanliegen machte.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 und die Diskussion der deutschen 
Rechtsgelehrten

Nachdem die Hauptkriegsverbrecher um Hermann Göring vor dem Interna- 
tionalen Militärtribunal angeklagt und verurteilt worden waren, schufen 
die Alliierten mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 eine Rechtsgrundlage, 
nach der die im Dritten Reich aus politischen Gründen begangenen Ver- 
brechen geahndet werden sollten. Dies betraf nicht nur alle Folgeprozesse 
in Nürnberg, so auch den sog. Juristenprozeß, sondern galt generell. Das 
Kontrollratsgesetz Nr. 10 stellte vier Sachkomplexe fest:

a) Verbrechen gegen den Frieden

b) Kriegsverbrechen

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Art. II 1c), definiert als »Ge- 
walttaten und Vergehen, einschließlich der folgenden, den obigen Tatbe- 
stand jedoch nicht erschöpfenden Beispiele: Mord, Ausrottung, Versklav- 
vung, Zwangsverschleppung, Freiheitsberaubung, Folterung, Vergewalti- 
gung oder andere an der Zivilbevölkerung begangene unmenschliche 
Handlungen; Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Grün- 
den, ohne Rücksicht darauf, ob sie das nationale Recht des Landes, in 
welchem die Handlung begangen worden ist, verletzen.« Hierunter fiel der 
Tatbestand der Denunziation, wenn sie schwerwiegende Folgen hatte, wie 
langjährige Haft oder den Tod des Denunzierten.
d) Zugehörigkeit zu Vereinigungen oder zu Organisationen, deren 
verbrecherischer Charakter vom Internationalen Militärgericht festgestellt 
ist.

Ausdrücklich wurde in Artikel III, Abs. 2 vorgesehen, daß die Besat- 
zungsbehörde für die Aburteilung von Verbrechen, die Deutsche gegen 
Deutsche oder Staatenlose begangen hatten, deutsche Gerichte für zustän- 
dig erklären konnten.

Die deutsche Justiz nahm ausgerechnet die Übertragung dieser Fälle an 
deutsche Zuständigkeit zum Anlaß, eine heftige Debatte über die Recht- 
mäßigkeit des Sachverhalts »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu 
führen.

Diese Bestimmung verletzte den Grundsatz nulla poena sine lege bzw. 
nullum crimen sine lege, der durch das alliierte Recht wieder eingeführt 
worden sei.

So wandte sich beispielsweise der Oberlandesgerichtspräsident von 
Celle, Hodo von Hodenberg, gegen die rückwirkende Anwendung neuer 

1 Friedrich Scholz, Berlin und seine Justiz. Die Geschichte des Kammergerichtsbezirks 
2 Das berief den späteren Reichsverwesungsministers Runt, Hans Krell, Minister zuständi- 
ig für Kirchen und Joseph Goebbels.
3 Paul Ronge berichtete in seinen Erinnerungen, daß Loerbrocks als Präsident der 
Wilhelm-Busch-Gesellschaft die erste Sitzung des Jahres 1933 mit dem Busch-Zitat 
eröffnet hatte: »Der Ruhm, wie alle Schwindelware, währt selten mehr als fünfzig 
Jahre.« Ronge, Im Namen der Gerechtigkeit. Erinnerungen eines Strafverteidigers, 
Strafgesetze wie sie das KRG 10 darstelle mit der Begründung, daß dieses einen »Rückfall in damals vorgenommene Maßnahmen« darstelle.¹

»Die wahre objektive Gerechtigkeit kann, wie wir wissen, niemals erreicht werden. Wir können lediglich dem nachstreiben, was wir selbst für Gerechtigkeit halten. Wenn insoweit an eine Tat nicht die Maßstäbe des zur Zeit ihrer Begehung geltenden objektiven Rechts gelegt werden sollen, sondern der Maßstab dessen, was wir nachträglich als ›höhere Gerechtigkeit‹ oder ›matielle Gerechtigkeit‹ ansehen, so kann das nichts anderes bedeuten, als daß sich das bei dem Richter hervortretende ›gesunde Rechtsgefühl‹ gegenüber dem zur Zeit der Tat geltenden Strafgesetz durchsetzen soll. Wenn dabei darauf hingewiesen wird, daß die Forderung nach der Anwendung ›höherer Gerechtigkeit‹ eine allgemeine Forderung, also eine Forderung der Volksgemeinschaft sei, so wird an die Stelle des den Richter bindenden Gesetzes – genau wie in der Naziszeit – das gesunde Rechtsgefühl der Volksgemeinschaft gesetzt.«²

Diese Argumentation ist kein Einzelfall! Zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes verweigerten sich deutsche Juristen der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechen mit der Berufung darauf, was unter Hitler Recht gewesen sei, könne nun nicht Unrecht sein. Der Zweck dieser Argumentation ist offenkundig: Der eigene Berufsstand wird reingewaschen, ein Persilschein für die gesamte Justiz ausgegast!

Andere, wie der spätere Bundesanwalt Max Güde, erkannen immerhin an, daß es jenseits des geschriebenen Rechts einen allgemeinen Bezugsrahmen gebe, nämlich eben die »von den zivilisierten Staaten anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze.«³ Die Menschenrechte seien, wie Güde, das gegen die Staatsgewalt zu schützende Rechtsgut. Zugleich aber warnte er davor, den Strafbestand der Denunziation mit schwerwiegenden Folgen unter »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu subsumieren: Die Denunziation sei nur dann strafbar, wenn der Täter gewußt habe, daß die »Inanspruchnahme des staatlichen oder politischen Machtparats zu einer Verletzung der Menschenrechte des Angezeigten führen werde.«¹² Die Absicht, den Angezeigten zu schädigen oder polizeilich verfolgen zu lassen, reiche nicht. Das heißt, der Denunziant müsse sich auch subjektiv bewußt gewesen sein, daß der nationalsozialistische Machtparad im in seiner Substanz rechtswidrig und böse gewesen sei, und dies, so Güde, könne man in der Regel wohl nur bei denjenigen voraussetzen, die auf der Innenseite der Macht tätig waren, also bei den Gestapo- und SD-Angehörigen.


Der Prozeß gegen Helene Schwärdel war einer der ersten, in denen eine Denunziation nach dem KRG 10 vor einem deutschen Gericht verhandelt wurde. Wie andere Urteile zeigen, bezogen sich die deutschen Gerichte auf diesen Prozeß. Er stand im Zentrum der rechtspolitischen Diskussion der Nachkriegszeit und war sozusagen ein Test für die Alliierten, ob sie den deutschen Richtern trauen durften.

**Die Bemühungen der Berliner Justiz um Helene Schwärdel**

Nur drei Tage nach der Festnahme von Helene Schwärdel wandte sich der Generalstaatsanwalt am Kammergericht Berlin, Wilhelm Kühl, an die Alliierte Kommandantur mit der Bitte, Helene Schwärdel vor ein deut-

² Ebd.
⁴ Ebd.
sches Gericht zu stellen. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf den Art. III 1 d des KRG Nr. 10. Kühnast verwies darauf, daß erst dieses Gesetz die Aburteilung von Denunziation möglich machte. Er begründete seine Bitte folgendermaßen:

»Es würde den Gefühlen des Abscheus über die ruchlose Tat in der Bevölkerung ganz Deutschlands entsprechen, wenn gestattet würde, daß dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einem deutschen Gericht abzuurteilen ist.«


1 Schreiben Kühnasts an die Alliierte Kommandantur vom 19.1.1946, Bl. 56.
2 Schreiben Lancons an den Generalstaatswalt v. 25.3.1946, Bl. 41-43.
unter ausdrücklichem Hinweis auf den Fall Schwärzel, daß nunmehr alle Prozesse nach KRG 10, soweit sie Deutsche betrafen, von ordentlichen deutschen Gerichten abzurichten seien.

Der Generalstaatsanwalt und mit ihm die gesamte Berliner Justiz standen also zu Prozeßbeginn unter einem beträchtlichen politischen Druck, mußten sie doch beweisen, daß die deutsche Justiz in der Lage war, mit der »braunen Vergangenheit« umzugehen. Nicht zuletzt galt es, Richter und Geschworene zu finden, die unbelastet waren.¹

Die Reaktionen der Öffentlichkeit


»Ein grosser Teil des deutschen Volkes und wohl auch Fr. Schwärzel waren der Ansicht, das die Hitlerregierung zu Recht bestehe... Es ist in Betracht zu ziehen das Goerdeler, nachdem er politisch verfolgt wurde und eine hohe Belohnung ausgesetzt war, in der Öffentlichkeit hätte vorsichtiger sein können.« Abschließend wies der Schreiber darauf hin, daß er Insasse des KZ Sachsenhausen gewesen sei.²

Nahezu einhellig in ihrer Meinung war die Presse: Unmittelbar nach der Verhaftung nahmen sich alle Zeitungen Berlins und der Besatzungszonen des Falles an. Es waren die Bekanntheit und Bedeutung von Carl Goerdeler und die Höhe der Belohnung, die im Vordergrund der Berichterstattung standen. In nahezu allen Artikeln wurde Helene Schwärzel als Verräterin bezeichnet, die für einen Judaslohn den ehemaligen Oberbürgermeister von Leipzig denunziert und wie Judas die dreißig Silberlinge,


² Schreiben vom 13.9.46, Bl. 198.
die »Kopfprämie«, nicht angerührt hatte. Auffallend ist, daß Goerdeler nur in seiner Funktion als früherer Oberbürgermeister genannt wurde, seine Rolle und Beteiligung am 20. Juli in keinem Artikel erwähnt, geschweige denn beschrieben wurde. Die Unscheinbarkeit der Täterin und die Bedeutung ihres Opfers machten in den Augen der Journalisten die besondere Verwerflichkeit aus.\(^1\)

Der Raum war ungeheizt, noch war die Zentralheizung nicht wieder instandgesetzt.\(^1\)


---

1 Zum Beispiel Berliner Zeitung, Das Volk, Der Morgen, Deutsche Volkszeitung, Tägliche Rundschau, alle v. 18.1.1946.

Ein Bild menschlicher Gemeinheit - tragisches Schicksal der Familie Goerdeler gab der betreffende Journalist folgendes Bild von Helene Schwärzel:

»Ein stumpfes, unsympathisches Gesicht über einem kleinen unterzogenen Körper. Ein etwas schmuddeliges, ältliches Fräulein, dem man normalerweise kaum Beachtung schenken würde, und das nicht dazu bestimmt scheint, außerhalb seiner kleinen Welt eine bedeutende Rolle zu spielen. Nur das böse Gewissen vermag dieses unintelligente Gesicht mit dem Ausdruck der Furcht als bemerkenswerter Regung abzustempeln... Die Frau, die sich mit ihrer Denunziation des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler zum Werkzeug der Henkerherrschaft Hitlers machte...«

Im weiteren wurden die Schicksale von Carl Goerdeler und seinem jüngsten Bruder Fritz geschildert, der gemeinsam mit ihm hingerichtet wurde, ohne das Umfeld des 20. Juli darzustellen.

Weshalb zog gerade die unscheinbare Helene Schwärzel diesen Haß auf sich? Schien hinter ihrer unscheinbaren Existenz die Verstrickung der Mehrheit der Deutschen in den nationalsozialistischen Terror auf? War es gerade das Normale und Banale an Helene Schwärzel, das diese Utilisierung zur Denunziantin schlechthin ermöglichte? Und konnte man so vergessen machen, wer außer Helene Schwärzel am Tode Carl Goerdelers schuldig geworden war?

Das Urteil


1 Der Morgen v. 15.11.1947.
15 Jahre Zuchthaus für Helene Schwärzel
(Sondertatbestand der NS)

Wie wir bereits mitteilten, begann am ersten Dezember vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin die Verhandlung gegen die 41 Jahre alte Buchhalterin und frühere Wahlausschreiberin Helene Schwärzel unter großer Aufmerksamkeit der Presse und des Publikums.

Die Töchter des großen Stiles sind voll besetzt. Im Blickpunkt des Interesses steht eine kleine blonde Frau mit schwarzen Haaren, die den Eindruck einer kleinen, harmlosen Mutter macht. Vor dem Auge der Zuhörer rollt sich das Leben einer unersehenen Person ab, die Annahme der großen und kleinen Eindrücke, Reichenwalder Dr. Ronge, versteht man als die Einkleidung von ihr, die uns über den Namen im Führerscheunenquartier leitet. Als sie vorgestern in der Audienz dem „Führer“ gegenüber stand, war sie ein bildlicher Erkenntnis von der Welt, eine, die die Welt entdeckt wissen scheint, um ihn weiter zu Bildern zu weisen, soweit es möglich ist.

Das Urteil macht Schlagzeilen

Die Anklage hatte auf lebenslänglich plädiert, und zwar mit Bezug auf die §§ 211/212 StGB, die auf mittelbare Täterschaft mit dem Vorsatz der widerrechtlichen Tötung abhebt, und auf das KRG 10. Rombrecht führte aus, daß die Angeklagte eventuell sogar die Todesstrafe verdiente, allerdings spreche ihre Unbescholtenheit und die Tatsache, daß sie nicht aus Habgier gehandelt habe, zu ihren Gunsten.


Intensiver setzte Ronge sich mit dem Tatbestand auseinander, der nach KRG 10 als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« bezeichnet wurde.


Damit rekonstruierte Ronge die Denunziation nicht mehr als Tat einer einzigen Person, sondern stellte sie in den Kommunikationszusammenhang, in dem sie geschaht.

Des weiteren begründete er, warum seiner Meinung nach das KRG 10 nicht zur Anwendung kommen könne: Hierin werde nämlich festgelegt, daß die Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen geschehen sein müsse. Da die beiden letztener Kriterien nicht in Frage kämen, sei allein die Frage, ob es sich um eine Verfolgung aus politischen Gründen handele, zu klären. Dies aber müsse vermeint werden, da Helene Schwärzel keine sog. Nazis sei und ihr auch jegliche politische Überzeugung fehle.

Der Nachweis einer juristischen Schuld sei daher unmöglich. Die Zahlmeister und die Kollegin hätten sehr viel zielgerichteter gehandelt; die eigentliche Schuldigen am Tod Goerdelers, die Gestapobeamten und Richter, stünden nicht vor Gericht. Diese aber seien die »Schwungräder, von denen das Rädchen am äußersten Rand vielleicht mit angetrieben gewesen sein mag.« Ronge mahnte, daß man eine unterlassene Revolu-

1 Genau diese Überlegung unterschlug Ronge in seiner Verteidigungrede, er betonte hingegen, daß sie in der Kürze der Zeit eben keine Gelegenheit zur Reflexion gehabt habe.
2 Ronge, S. 350.
tion nicht durch Gerichtsurteile nachholen könne. Er forderte, »das Recht im Geiste der Menschlichkeit anzuwenden«, und plädierte folglich auf Freispruch.

Das Urteil lautete auf fünfzehn Jahre Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre und Einziehung des Vermögens.

Das Gericht erkannte zunächst an, daß der Tatbestand einer mittelbaren Täterschaft, also die Anwendung der §§ 211/212 StGB nicht in Frage kam. Der Begriff »mittelbare Täterschaft« setze voraus, daß die Angeklagte den eigentlichen Täter zum Werkzeug gemacht und bewußt auf ihn eingewirkt habe. Dies treffe auf Helene Schwärzel nicht zu, »denn die für die Verfolgung der Teilnahme an dem Anschlag vom 20. Juli 1944 zuständigen Instanzen, wie die Gestapo, die Reichsanwaltschaft und die Mitglieder des Volksgerichtshofes, brauchten von einer Luftwaffenhelferin nicht beeinflußt zu werden, um die ihnen übertragenen Funktionen der Strafverfolgung auch im Falle Goerdeler auszüuben.«¹


Das KRG 10 definiere zwar nicht, was ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei, gebe jedoch Beispiele dafür. Das Gericht zitierte im wesentlichen Artikel II: Mord, Freiheitsberaubung, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen. Es gab eine eigene Definition: »Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist demnach jede Handlungs-

weise, welche vom Standpunkt der modernen Zivilisation aus mit der sittlichen Anschauung billig und gerecht denkender Menschen unvereinbar ist und von ihnen als verwerflich verurteilt wird.«¹

Gegen diesen Grundsatz, so das Gericht, habe die Angeklagte verstoßen. Im Moment der Tat sei es Helene Schwärzel zwar nicht bewußt gewesen, daß sie den Tod Goerdelers herbeiführen werde. Grundsätzlich aber habe sie gewußt, daß Goerdeler zum Tode verurteilt und hingerichtet werde. Sie habe Goerdeler, obwohl er zu diesem Zeitpunkt keine Gefahr mehr für den Staat Hitlers dargestellt habe, verraten. Ihr sei bewußt gewesen, daß dies »bös« war. »Ob die Angeklagte, welche der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen nicht angehört hat, Goerdeler aus politischen Gründen verraten hat, kann dahingestellt bleiben, denn sie hat als Frau und religiöser Mensch, der sie sein will, vorsätzlich gegen das sittliche also menschliche Gefühl verstoßen...«²


Das psychiatrische Gutachten erläutere, daß die Angeklagte zur Tatzeit voll verantwortlich gehandelt habe. Daher gebe sowohl der objektive wie der subjektive Tatbestand des KRG 10 vor. Die Angeklagte hätte auch zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden können, da die Tat vom allgemeinen sittlichen Standpunkt nicht streng genug beurteilt werden könne. »Sie hat ohne zwingende äußere Veranlassung einen Mann verraten und bewußt den Henker ausgeliefert, also denunziert, obwohl sie ihn seit vielen Jahren als in der Öffentlichkeit hochgeachtet kannte, und keine Bedenken gehabt, ihn, der von der damaligen Regierung steckbrieflich verfolgt wurde und sich in hilflosem Zustand auf der Flucht befand, nur aus verwerflicher Eitelkeit und Rechtshaberei seinen Verfolgern auszuliefern.«³

¹ Ebd., S. 7.
² Ebd., S. 7a.
³ Ebd., S. 9.
Da das Gutachten ihr jedoch eine hysterische Veranlagung bescheinige, sie nicht aus Habgier gehandelt habe und ihre Tat bereue, habe das Gericht auf fünfzehn Jahre Zuchthaus erkannt.

Das Gericht hatte sich mit diesem Urteil eindeutig geäußert: Neben dem Grundsatz *nullum crimen sine lege* müsse es noch den Bezug auf eine höheres allgemeinerees Rechtsgut geben, so wie es im KRG 10 festgelegt worden sei. Allerdings berief sich dieses Gericht nicht allein aus eigener Überzeugung auf dieses höhere Gut, sondern bemühte das Besatzungsrecht. Es zitierte nicht nur die Proklamation Nr. 2, sondern auch eine Anweisung für die deutschen Richter, die im Mai 1946 ergangen war und den deutschen Richtern eindruckvoll vor Augen führt, daß die Militärregierungen die Macht auf dem Gebiet der Justiz noch in ihren Händen hielten und dies auch weiterhin zu tun beabsichtigten.


In einem zentralen Punkt widersprach sich das Gericht: In der Ablehnung des Tatbestandes der mittelbaren Täterschaft führte es aus, daß die eigentlich Verantwortlichen die staatlichen Verfolgungsinstanzen waren. Durch die Tat von Helene Schwärzel, die zur Festnahme Goerdelers führte, könnte eine Einwirkung auf diese Instanzen nicht gesehen werden. Es sei der Angeklagten nicht zu unterstellen, daß sie sich habe vorstellen können, daß Staatssorgane wie die Mitglieder des Staatsgerichtshofes als Mörder handelnd einen Mann widerrechtlich töten könnten. Die Angeklagte hat daher nicht den Vorsatz oder auch nur den bedingten Vorsatz gehabt, Goerdeler widerrechtlich zu töten.«  

1 An anderen Stellen aber sprach das Gericht davon, daß die Angeklagte Goerdeler bewußt dem Henker ausgeleiert habe. Bemerkenswert ist noch ein weiteres Argument des Gerichts: Die Angeklagte habe Goerdeler verraten, obwohl er zu jenem Zeitpunkt keine Gefahr für das Regime gewesen sei. Hier ist zu fragen, ob die Kriterien für ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dann außer Kraft gesetzt wären, hätte jemand Goerdeler vor dem 20. Juli denunziert. Hätte dann der Schutz des NS-Staates höher gewogen als das Rechtsgut der Menschlichkeit?

So wie das Gericht Verbrechen gegen die Menschlichkeit definierte, hätte das gesamte deutsche Volk mit Ausnahme der kleinen Minderheit, die Widerstand leistete, angeklagt werden müssen, an herausragender Stelle eben jene Juristen, die nach nationalsozialistischem Recht Unrecht gesprochen hatten. Helene Schwärzel wurde stellvertretend für die große Zahl der Denunzianten im deutschen Reich verurteilt.
Revision - und die Mittäter ließ man laufen

Wie erwartet, legten sowohl Staatsanwaltschaft wie Verteidigung Revision ein.1 Paul Ronge focht das Urteil »wegen Verletzung materiellen Rechts und der allgemeinen Denkgesetze« an.2 Er benennte vier Punkte:


Antworten. Der Prozeß stelle eine Anwendung naturrechtlicher Grundsätze im Volkerrecht dar, die Täter seien nicht etwa für etwas bestraft worden, was damals erlaubt gewesen sei, sondern es sei nur jetzt die Gelegenheit geschaffen worden, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. In diesem Sinne müsse das KRG 10 als ein Gesetz interpretiert werden, das nationalsozialistisches Unrecht unter Strafe stelle. Nicht jede Art von Verfolgung sei allerdings justierbar. Das Gesetz nenne lediglich die Verfolgung aus rassischen, religiösen und politischen Gründen. Das Gericht müsse also nachweisen, daß in diesem Fall die Angeklage aus politischen Gründen gehandelt habe. Dies aber habe das Gericht ausdrücklich verneint, indem es festgestellt, daß die Angeklage sich nicht habe vergebenwärmt können, daß der »Staatsgerichtshof« - hier rügt Ronge eher süsssants den Fehler des Protokollanten - , richtig der Volksgerichtshof, einen Mann widerrechtlich töten würde. Da das Gericht zugleich feststellte, daß die Angeklage auch nicht aus Habgier oder mit dem Vorsatz gehandelt habe, Goerdeler zu töten, widerspreche sich das Gericht mit dem Diktum, daß ihr »Verrat« aus allgemein menschlichen und sittlichen Gründen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein könne. Eine Rechtsordnung müsse sich damit abfinden, daß es eine grosse Anzahl von Taten gibt, die menschlich durch nichts zu rechtfertigen sind«, aber eben nicht justierbar seien.


Der Satz des Urteils, die Angeklagte habe eine Tat begangen, die vom allgemein sittlichen Standpunkt aus nicht streng genug beurteilt werden könne, wiederhole nur den Tatbestand, der ohnehin unter das KRG falle, und dürfe daher nicht für die Strafbemessung noch einmal verwandt werden.


Interessant ist die Auseinandersetzung Ronges mit dem berühmt-beträchtigen Freispruch im Tillessen-Prozeß. Heinrich Tillessen war wegen
Mittäterschaft an der Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger im Jahre 1921 vor dem Freiburger Landgericht angeklagt. Der Generalstaatsanwalt hatte Tillesen Strafe beantragt, das Gericht hatte auf Lebenslänglich befunden. 1946 berief Tillesen sich darauf, daß unter dem NS-Regime eine Amnestie für die »Vorkämpfer der nationalen Erhebung« erlassen worden sei. Das Freiburger Gericht ging davon aus, daß die nationalsozialistische Amnestie rechtmäßig sei und sprach Tillesen frei. Die französische Militärregierung kassierte das Urteil mit der Begründung, die Amnestie sei durch alliiertes Recht außer Kraft gesetzt, und Tillesen sei erneut vor ein deutsches Gericht zu stellen. 1947 verurteilte ihn das Landgericht Konstanz zu fünfzehn Jahren Zuchthaus. Der Freiburger Richter wurde seines Amtes enthoben, da er Richter an einem Sondergericht gewesen war und dies verschwiegen habe. \(^1\) In seinem Antrag auf Revision bezweifelte Ronge ausdrücklich die Rechtmäßigkeit der NS-Amnestie. Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 beziehe sich eindeutig auf Morde, die zwar durch das spezifische NS-Gesetz gedeckt worden seien, die aber wegen ihres politischen Gehaltes Verbrechen gegen die Menschlichkeit blieben.


Daher, so Ronge, stehe die Feststellung des Gerichts, Helene Schwärzel habe nicht aus politischem Fanatismus gehandelt, in Widerspruch zur Verurteilung.

Das Urteil wird aufgehoben


Der Strafsenat stellte fest, daß nach seiner Auffassung das KRG Nr. 10 nicht den Grundsatz der Nichtrückwirkung verletze, sondern an das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg anknüpfte. Der Grundsatz der Nichtrückwirkung von Strafgesetzen diene dazu, Bürger vor der Willkür des Staates zu schützen. Dieser Grundsatz sei Bestandteil des Straf- und Verfassungsrechtes und diene der allgemeinen Rechtssicherheit. In Nürnberg stünden nun aber diejenigen vor Gericht, die unter dem Schutz eines verbrecherischen Regimes die Menschenrechte mit Füßen getreten und sich bewußt zu Handlungen eines verbrecherischen Systems gemacht hätten. Wenn diejenigen, die sich zu Handlungen des NS-Regimes gemacht haben, sich nunmehr davon berufen könnten, daß ihre strafrechtliche Verfolgung gegen die Menschenrechte verstößt, würde der Sinn des Grundsatzes *nullum crimen sine lege* völlig verkannt. Der Strafsenat erhebe daher keine Bedenken gegen die Anwendung des KRG Nr. 10.

Gegen den Einwand von Ronge, eine Denunziation liege erst dann vor, wenn sie vor einer Behörde geleistet werde, machte der Strafsenat geltend, daß die Denunziation auch in der Öffentlichkeit oder gegen Dritte gemacht

---

1 Wrobel, S. 249.
3 BL 63ff.
werden könne, wenn sie eine Verfolgung des Denunzierten auslöse. Zudem sei die Handlungsweise von Helene Schwärzel objektiv unmenschlich gewesen, verstoße also gegen das KRG Nr. 10, da sie eine unmenschliche Verfolgung von Goerdeler ausgelöst habe. Auch sei sie allein verantwortlich, denn sie habe durch ihr Beharren darauf, daß sie Goerdeler erkannt habe, die Handlungsweisen der beiden Zahlmeister entscheidend beeinflußt.


Der Strafsenat wies den Vorwurf Ronges zurück, daß das Gericht die Grundlage des Schuldurteils als nochmalig erschwerend bei der Strafmessung gewertet habe. Er kritisierte aber ebenso wie Ronge, daß das Gericht nichts über eine etwaige Anrechnung der Untersuchungshaft ausgeführt hatte.

**Ein neues Urteil**


Bei der Strafzumessung berücksichtigte das Gericht nunmehr das psychiatrische Gutachten. Die Angeklagte sei »eine Persönlichkeit kleinen geistigen Formats. Bosheit und Rachsucht liegen ihr fern.« Zugleich habe sie die Tat bereut, denn sie sei krank geworden. Trotzdem, so meinte das Gericht, dürfe die Strafe nicht milde sein: »Denn es ist in hohem Masse verwirflich, daß die Angeklagte gerade den Mann, dem sie sich Jahrzehnte hindurch in Liebe und Verehrung verbunden fühlte, ohne innere Teilnahme gefühlsmäßig dem Henker preisgab.« Bei der Entscheidung für eine Zuchthausstrafe habe eine Rolle gespielt, daß »das Opfer ein Mensch war, dessen vorzeitiger Tod für unser Bemühren um eine vom Sittengesetz getragene Ordnung ein schmerzlicher Verlust bleiben wird.« Da die Angeklagte Goerdeler persönlich gekannt habe, habe sie auch ehrlos gehandelt. Das Gericht erkannte auf sechs Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für dieselbe Zeit. Die Untersuchungshaft wurde voll angerechnet.

Ein zweiter Antrag auf Revision

Auch gegen dieses Urteil legte Ronge Revision ein. 1

Formell rügte er, daß die Geschworenenbank nicht vorschriftsmäßig zusammengesetzt gewesen sei. Das Zufallsprinzip durch Auslosung sei durchbrochen worden, da die Geschworenenlisten auf die Vorschläge der politischen Parteien zurückgingen. Zwar sei einsichtig, daß ehemalige Nazis nicht als Schöfften berufen werden sollten, doch sei allenfalls eine negative Auslese, nicht aber eine positive durch die politischen Parteien zulässig. 2


Materiell, also inhaltlich, sei das Urteil zu rügen, da die Tat Helene Schwärzel nicht unter den Tatbestand »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« falle, so wie er im KRG Nr. 10 beschrieben sei. Wieder bestätige das Urteil, daß Helene Schwärzel nicht aus politischem Fanatismus gehandelt habe. Das Schwurgericht gehe vielmehr davon aus, daß eine Tat unter den Bedingungen des Nationalsozialismus auch dann politisch sei, wenn die Motivation eher unpoltisch gewesen sei. Hier verwechsle das Gericht

1 Bl. 168-171.
2 Außerdem sei auch die Richterbank nicht zustimmungsmäßig besetzt gewesen.

Abschließend resümierte Ronge noch einmal, daß nach seiner Auffassung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur dann vorliege, wenn es einer politischen Überzeugung des Täters entspreche. »Mindestens muss dieser Täter den nationalsozialistischen Geist soweit in sich aufgenommen haben, dass er imstande ist, seine Handlungen nachhaltig zu bestimmen.« Allenfalls wäre die Angeklagte wegen fahrlässiger Tötung zu bestrafen, da sie sich nicht um die politischen Zusammenhänge gekümmert habe und Rechthabererei und Geltungssucht über politische und menschliche Erwägungen überhand gewonnen hätten. Denn »die Hitler-Justiz war eine Mordjustiz. Wer ihr jemand auslieferte, töte.«


Bei der Strafzumessung habe der Senat lediglich zu prüfen, ob diese aus dem Rahmen einer gerechten Strafe herausfalle, nicht ob sie besonders hart sei. Die Begründungen des Gerichts, daß die Angeklagte besonders gefühlksam gehandelt habe, da sie Goerdeler verehre habe, könne nicht als Begründung für die Zuchthausstrafe gelten, zumal hier das psychiatrische Gutachten heranzuziehen sei. Das Kriterium des Täterfolges allein jedoch reiche aus, um eine Zuchthausstrafe zu rechtfertigen: »Wenn ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit den Tod des Verfolgten zur Folge gehabt hat, pflegt regelmäßig auf Zuchthausstrafe erkannt zu werden.« In diesem Fall jedoch sei Goerdeler einem Verfahren überlieferter worden, an dessen Ende eine Vernichtung in unmenschlichster Weise gestanden habe. Daher sei auch die Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte angemessen.

Helene Schwärzel wurde im Juli 1948 in das Zuchthaus Waldheim in der damaligen SBZ überstellt. Hier saß sie ihre Strafe bis zum letzten Tag ab - die spätere DDR beendigte sog. NS-Verbrecher nicht.

¹ Ablehnung der Revision am 30.6.1948, Bl. 194-199.
Die Zahlmeister werden freigesprochen


Hellbusch wie Schadwinkel waren Mitglieder der NSDAP. Ernst Hellbusch war bereits 1932 als Diskussionsredner auf Veranstaltungen des NS-Lederbundes aufgetreten, dem er 1933 beitrat. 1937 wurde er Mitglied der NSDAP. Im Frühjahr 1939 wandte er sich gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts, was ihm das Gericht als besonderen Mut auslegte. Auch Schadwinkel, von Beruf Buchhalter, war 1937 der NSDAP beigetreten, bezeichnete sich selbst aber als politisch nicht interessiert. Schadwinkel machte Ende 1945 den Aufenthaltsort von Hellbusch ausfindig und zog aus dem Bergischen Land ebenfalls nach Lauenburg.


Bei der Schilderung der Szene am Morgen des 12. August wird deutlich, daß das Gericht Helene Schwärzel als Haupttäterin sah, Hellbusch und Schadwinkel hingegen als die eher passiv Getriebenen. So habe Schadwinkel trotz der Aufforderung von Helene Schwärzel nicht die Landjäger gerufen. Beide seien eher zögerlich Goerdeler nachzugegangen bzw. gefah-
ren, wobei Helene Schwärzel Hellbusch schließlich auch noch ihr Fahrrad zur Verfügung gestellt habe.


Das Gericht stellte die Anwendbarkeit des KRG Nr. 10 fest:
- Es sei alliiertes Recht und daher verbindlich.
- Umfang und Art der NS-Verbrechen rechtfertigten ein mit rückwir-

1 Ankageschrift, Bl. 108-110.
2 Urteil vom 20.3.1948, Bl. 203-218.
kender Kraft ausgestattetes Gesetz, zumal es neben dem geltenden
Recht ein Vernunft- und Naturrecht gebe, auf das es sich beziehe.
In der Diskussion darüber, wie das KRG 10 in das deutsche Strafrecht
einzupassen sei, habe sich gezeigt, daß zur Feststellung der Schuld des
Täters der innere (subjektive) Strafbestand notwendig sei, d.h. daß der
Täter sich bewußt gewesen sein müsse, unmenschlich zu handeln. Wenn
dies nicht geschehe, könne dies bei einem Machtwechsel dazu führen, daß
die früheren Machthaber lediglich in ihrer Funktion belangt und ihre
Verbrechen nicht auf das sittliche Empfinden bezogen würden. Dies aber
würde mit dem »sittlichen Empfinden der Kulturstaaten unvereinbar
sein.«

Objektiv falle die Tat unter die Verfolgung aus politischen Gründen.
Zweifellos hätten die Angeklagten durch die Festnahme Goerdeler nach
der Denunziation einen weiteren Schritt auf dem Weg getan, an dessen
Ende die Ermordung von Goerdeler stand. Zwar gab das Gericht zu
bedenken, daß die Gründe für die Verschwörer des 20. Juli noch nicht
restlos klar seien. Das Wort Widerstand fällt in diesem Zusammenhang
übrigens nicht. Es wird jedoch eingerechnet, daß eine demokratische Er-
neuerung nur durch eine gewalttame Beseitigung des Regimes möglich
gewesen wäre, und die Attentäter im Sinne einer höheren Rechtsordnung
gehend hätten. Das NS-Regime aber habe eine Anerkennung von edle-
ren Motiven eines Hochverräters aus der Rechtsprechung getilgt. Daher
stelle die Verfolgung einen Verstoß gegen die sittliche Ordnung dar und
sei unmenschlich. Das gleiche gelte für die Behandlung Goerdeler durch
den Volksgerichtshof.

Obwohl objektiv also der Tatbestand der unmenschlichen Verfolgung
aus politischen Gründen gegeben sei, könne dies für den Nachweis der
inneren Schuld nicht gelten. Hierzu sei Voraussetzung, daß die Angeklag-
ten sich des Widerspruchs zwischen dem »Nazi-Unrecht« und dem ethi-
schen Recht bewußt gewesen seien, »und zwar zum Zeitpunkt der Verfol-
gung des Dr. Goerdeler unter Berücksichtigung ihrer geistigen Reife im
Rahmen ihrer damaligen Vorstellungswelt und des Zeitmilieus sowie auf
Grund ihrer Erkenntnismöglichkeiten von der Nazi-Ideologie und deren
der Kultur der zivilisierten Völker widersprechenden Zielen.« Diese
Schuld sei nicht nachweisbar, obwohl das Gericht rügte, daß die Ange-
klagten ein größeres Maß an politischer Unkenntnis vortäuschten, als
ihrem Bildungsgrad entspreche. Dies treffe insbesondere für Hellbusch zu.
Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Angeklagten hinsichtlich ihrer Kennt-
nisse über die Vorgehensweise der Verfolgungsmöglichkeit des NS-Regimes
dürften aber nicht die Annahme rechtfertigen, daß sie tatsächlich genug
Einblick in den verbrecherischen Charakter des Regimes gehabt hätten.
Wie viele andere Menschen hätten offensichtlich auch die Angeklagten
der NS-Propaganda, die die Attentäter als Ehrgeizige hingestellt hatte,
Glauben geschenkt. Sie hätten es für nicht vertretbar gehalten, daß mitten
im Krieg ein gewalttamer Umsturz versucht wurde, zumal die Verschwö-
rer nicht in einer breiten Widerstandsbewegung verankert gewesen wären.
Das Gericht versteig sich zu einer Apologie des gesamten deutschen
Volkes. »Unter derartigen Einflüssen (der NS-Propaganda, d. Verf.) wurde
die große Menge des Volkes in eine solche Geisteslähmung hineingestei-
gert, daß ihr, eines verstandesmäßigen und kritischen Denkens entwöhnt,
der Blick für den sich ankündigenden und durch die Ereignisse des 20. Juli
1944 deutlicher werdenden zusammenbruch derart verdunkelt war, dass sie schon aus Furcht vor den vernichtenden Folgen einer Nie-
derlage und somit aus Selbsterhaltungsbereiteteig war, sich nüchternen
Erkenntnissen durch leichtfertige Hinnahme der Lügen der NS-Propagan-
da zu verschliessen...«

Damit aber entfalle die Möglichkeit, den Angeklagten das Bewußtsein
von Schuld nachzuweisen: Es könne ihnen nicht widerlegen werden, daß
sie aus Selbsterhaltung gehandelt hätten. Angesichts des Charakters von
Helene Schwärzel seien ihre Befürchtungen, sei könnten selbst wegen
Unterlassung denunziert werden, nicht von der Hand zu weisen. Aber auch
von anderen aus der Gruppe hätte Gefahr drohen können, wenn sie aus
menschlichen Gründen auf eine Festnahme von Goerdeler verzichten
hätten. Daß sie zu dieser besonderen männlichen Haltung nicht fähig
gewesen seien, sei ihnen angesichts der zu erwartenden Strafe nicht
vorführen. Außerdem hätten sie menschliches Mitgefühl bewiesen, als
sie dafür sorgten, daß Goerdeler noch sein Stock ausgehändigtes wurde. Das
Gefühl der Genugtuung, das in den Worten von Hellbusch »Das Spiel ist
aus, Dr. Goerdeler« zum Ausdruck kam, reiche ebenfalls nicht als
Beweis für eine unmenschliche Gesinnung aus.

Dem Antrag auf Revision durch die Staatsanwaltschaft wurde stattge-
gaben.1 Die britische Militärregierung kassierte das Urteil, so daß die
Angelegenheit vor dem Obersten Gerichtshof für die britische Zone in

1 C. F. Rütter u.a. (Hg.), Justiz und Verbrechen. Sammlung Deutscher Strafrechte wegen

Bei dem inneren Tatbestand habe das Gericht sich ebenfalls zu wenig damit auseinandergesetzt, ob die Angeklagten wissen konnten, welche Folgen ihre Tat für das Opfer hatte. Es genüge nicht, den Angeklagten zuzubilligen, daß sie den Rechtswiderspruch zwischen dem geltenden nationalsozialistischen Recht und einem ethischen Recht nicht gesehen hätten. Es genüge, daß die Angeklagten in der Lage waren, ihre Handlung als Unrecht zu erkennen. Außerdem lasse sich das Gericht von den Angaben der Angeklagten leiten, obwohl diese den eigenen Feststellungen widersprüchen. So wüssten die Angeklagten, daß der Volksgerichtshof »eine der Regierung ergebene Behörde gewesen sei, denn sie waren ja verwundert, daß die Offiziere nicht von einem Kriegsgericht abgeurteilt wurden.« Wiederum belehrte der Strafsenat das Lübecker Landgericht darüber, daß die Verfolgung im NS-Staat öffentlich gewesen sei: »…und bei dem Umfange und der Dauer dieser politischen Verfolgung hat normalerweise jeder erwachsene Mensch mit durchschnittlicher Begabung und Aufgeschlossenheit für das öffentliche Leben hiervon erfahren -, und konnte schon damals (1934) erkennen, daß das nationalsozialistische Regime bei der Bekämpfung politischer Gegner nicht nach rechtsstaatli-
Helene Schwärzel und das Recht


Dabei waren sogar im Dritten Reich die nationalsozialistischen Verord-

1 Wrobel, S. 162f.
Die Verrenkungen, zu denen Richter Zuflucht nahmen, um Opfern zu bestätigen, daß ihnen damals nach herrschendem Recht kein Unrecht geschehen sei, sie also auch keinen Anspruch auf Wiedergutmachung geltend machen könnten, muten höchst abenteuerlich an. Die Richter bewegten sich auf unsicherem Gelände, es gab keine einheitliche Rechtsprechung. In dieser Situation hätte man vermuten können, daß die deutsche Justiz den Versuch der Allierten, ihnen durch die Schaffung eigener Gesetze zur Bewältigung des NS-Urechts ein geeignetes Instrumentarium an die Hand zu geben, begrüßte. Das Gegenteil war in der Regel der Fall, wie die Diskussion um das KRG 10 deutlich zeigte.


---

1 Ebd., S. 245ff.
2 Ebd., S. 247.


»Wer diese Rechtsprechung kritisiert, darf nicht aus dem Auge verlieren, daß solche Urteile nicht zuletzt auch für die Justiz selbst gesprochen sind...Immerhin besteht Anlaß zum Versuch, den eigenen Kopf zu retten; die Richterlichen Tatbeiträge sind schließlich allgemein bekannt. Wenn also ein Richter jetzt darauf verweist, jeder Staat habe das Recht, seine Staatsgewalt auch gegen politische Gegner durchzusetzen, dann ist damit zugleich gesagt, daβ der die Staatsgewalt im Wege seines Urteilsspruchs durchsetzende Richter gar nicht anders handeln konnte als recht; er ist über jeden Vorwurf und jede Kritik an seinem Dienst an der Staatsautorität erhaben. Der Denunziant, der behauptet, er habe den Denunziaten einem Gerichtsverfahren zuführen wollen, hat Chancen auf einen Freispruch vom Vorwurf, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben.« 1


Das Kammergericht Berlin verwies ausdrücklich darauf, daß das von den Alliierten gesetzte Recht dem deutschen Recht vorgebe. Daher müsse es sich nicht näher damit beschäftigen, ob die Rückwirkung des KRG 10 dem deutschen Recht entspreche. Dann jedoch setzte das Gericht sich mit diesem Gesetz auseinander und argumentierte, daß es jenseits des gelten-

1 Wrobel, S. 250.

Trotzdem sind aus heutiger Sicht kritische Anmerkungen notwendig:


Vergleicht man nun den Tenor der beiden Urteile gegen Helene Schwärzel mit dem Freispruch des Lübecker Landgerichts für Schadwinkel und Hellbusch, so wird noch einmal deutlich, wie intensiv sich die Berliner Gerichte mit dem KRG 10 auseinandergesetzt haben. Das Lübecker Gericht billigte nämlich den Zahlmeistern zu, daß sie das Unrechtssystem des nationalsozialistischen Staates nicht hätten erkennen können, zumal sie als Soldaten das Attentat verurteilt hätten. In der Entschuldung des gesamten deutschen Volkes ist allerdings eine Person, nämlich Helene Schwärzel, die in diesem Urteil wiederum als die eigentlich Böse auftritt, ausgenommen.

Man kann also sagen, daß die Richter in Berlin mehr taten, als sich dem Diktum der Besatzermacht zu beugen. Aus beiden Urteilen wird das Bemühen deutlich, das NS-Unrecht zu sühnen: Nur, Helene Schwärzel war die »falsche Angeklagte«. Der Argumentation von Paul Ronge, der in seiner Auseinandersetzung mit dem KRG 10 im übrigen zu ähnlichen Interpretationen wie der Strafsenat gelangte, daß nämlich der »Verrat« von Helene Schwärzel nicht politisch motiviert gewesen sei, ist wohl wenig hinzuzufügen. »In alldem liegt das wirklich Unbegründete des Prozesses für jeden, der sich, gleichgültig unter welchem Gesichtspunkt, besonders aber als Jurist mit ihm befaßt. Wir haben hier niemanden, der sagt: Ich habe es getan, weil ich an die Idee glaubte, weil ich davon überzeugt war, nicht nur meinem Führer einen Dienst zu tun, sondern darüber hinaus auch meinem Vaterland, ich würde jeden Tag wieder so handeln, einen Menschen also, bei dem wir uns mit klaren und eindeutigen Motiven auseinanderzusetzen und diese nun darauf zu prüfen hätten, ob solche Motive unmenschlich sind. Statt dessen haben wir einen politisch völlig indifferenten Täter, jedenfalls eine Täterin, die nicht dem Verdacht ausgesetzt ist, sie könnte aus innerer Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus zur Tat kommen sein, die Reaktion, das ist Goerdeler«, entspräche ihrem politischen Müssen und politischen Willen, um den geistigen Urheber des Umsturzes zur Strecke zu bringen. ¹

¹ Ronge, S. 347.
geprägt von ihren Erfahrungen und ihrer Rolle in der NS-Justiz. Darüber hinaus aber verweist dieser Fall auf die grundsätzliche Schwierigkeit, Strafbestände, und zwar gerade die alltäglichen, die in einem anderen System begangen worden sind, auf juristischem Wege aufzuarbeiten und zu sühnen.

**Denunziation - das Bindeglied zwischen NS-Regime und Volk**

1941 sagte Reinhard Heydrich auf dem Deutschen Polizeitag: »Geheime Staatspolizei, Kriminalpolizei und Sicherheitsdienst sind umwoben vom raunenden und flüsternenden Geheimnis des politischen Kriminalromans.«

In den Deutschland-Berichten des Parteivorstandes der SPD im Exil, SOPADE, häuften sich spätestens ab 1934/35 die Meldungen über die Allgegenwart und Allmacht der Gestapo. Spricht man mit Zeitzeugen, insbesondere aus dem politischen Widerstand, so erscheint die Gestapo als übermächtige Krake, die in jede noch so kleine gesellschaftliche Nische eindrang und alles und jeden bespitzeln ließ.


Doch gingen die ersten entscheidenden Schläge gegen Kommunisten und Sozialdemokraten meist noch auf das Konto der politischen Polizei der Weimarer Republik. Erst nach und nach etablierte sich die Gestapo, wobei die Kontinuität auf der Ebene der Referatsleiter meist erstaunlich groß war. Und, so zeigen Studien über das Ruhrgebiet, über Bremen, über das Saargebiet und über Würzburg, sie war schlecht ausgestattet und hatte nur wenige eigene bezahlte Spitzel bzw. solche, die sie zu Spitzeldiensten gepreßt hatte.

In den Großstädten konnte man offenbar die Zahl der Spitzel meist an einer Hand abzählen, selbst im Grenzgebiet des Saarlandes waren in den zwölf Jahren des NS-Regimes insgesamt höchstens 50 V-Leute tätig. Der bürokratische Apparat wie das Kompetenzgerangel zwischen Polizei und

Gestapo, aber auch zwischen Reichssicherheitshauptamt, SS, und Gestapa in Berlin, behinderten und erschweren die Arbeit vor Ort.


Die spätestens ab 1948 für Kommunisten erniedrigende Praxis der Wiedergutmachungsämter bewirkte ein übliches: Wenn Minutenis die politische Verfolgung zu belegen war, dann müße die Gestapo zur perfekten Verfolgungsmaschinerie stilisiert werden. Da es nun aber nicht die Effizienz der Gestapo war, die die Verfolgung so wirkungsvoll machte, so gab es eine andere Ursache, und zwar die freiwillige und loyale Mitarbeit der Deutschen. Hiervor wiederum hatte bereits das kommunistische und teilweise auch das sozialdemokratische Exil die Augen verschlossen: Vor allem die Kommunisten hielten an dem Mythos der Bastion des Proletariats gegen den Faschismus fest. Wo die Zustimmung zum Regime nicht zu überschauen war, waren es Spitzel der Gestapo, die sich verkleidet hatten, die die Arbeiter gezwungen hatten etc. So traf der aus zweierlei Quellen gespeiste Mythos von der Allmacht der Gestapo, wie er sich bereits im Dritten Reich gebildet hatte, nämlich als Selbstinszenierung und als Stillung der Opfer, mit dem kollektiven Entschuldungs- und Rechtfertigungsbürgnis der Deutschen 1945 zusammen: Je mächtiger, allwissender die Gestapo, je dämonischer ihre Führer Heydrich, Himmler, Kaltenbrunner und natürlich Hitler waren, um so mehr war es möglich, von der eigenen Verantwortung und Täterschaft abzulungen. Der Satz »Wir konnten ja nichts dagegen machen« wurde verbunden mit dem Satz »Wir haben nichts davon gewußt.«

Die Realität im Dritten Reich war eine andere. Die Erfolgsbilanzen der Gestapo beruhen, so zuverlässige Schätzungen, zu 80% auf Denunziatio-


Welchen Umfang zuweilen die Zuträgerdienste aus der Bevölkerung annahmen, zeigt sich daran, daß einige Male von höchster Stelle versucht wurde, die Flut der Denunziationen einzudämmen. Bereits im Frühjahr


Trotzdem lassen sich mit aller Vorsicht einige Tätertypen aufzeigen, denen unterschiedliche Motive zugeordnet werden können:

Täter und Opfer entstanden in der Regel dem gleichen Milieu, es waren meist »kleine Leute«, Angestellte, Beamte, Handwerker, Arbeiter und Hilfsarbeiter. Ursache hierfür war, daß die Sprachkompetenz der gebildeten Schichten ausreichte, um, wenn überhaupt, verklausuliert und kontrolliert Kritik am System zu äußern. Wenn doch einmal ein Fabrikleiter oder ein Ingenieur denunziert wurde, so stammte der Denuziant aus seinem sozialen Umfeld. Im Milieu funktionierten alte Mechanismen, die von der Volksgemeinschaftsideologie und dem Rassismus der National-


Hier wird ein weiterer Tätotypus sichtbar: Der Krieg weckte bei jedem Einzelnen massive Ängste. Diese zu zeigen, hieß Gefahr zu laufen, selbst wegen Verstößes gegen diesen Paragraphen angezeigt zu werden. Also vergrub man sich nicht nur in den Luftschutzbunkern, sondern auch im Bunker der Volksgemeinschaft und im traditionellen Glauben an die deutsche Soldatenhehre, die Überlegenheit der deutschen Rasse und an die Unbesiegbarekeit des Führers. Jeder, der unbedacht oder bedacht an dieser Bunkernationalität kratzte, mußte bestraft werden, sogar mit dem Tod.

Am Ende des Krieges kristallisierte sich in jener Minderheit von gläubigen, fanatischen oder auch nur schlichten Deutschen, die nicht wahrhaben wollten, daß das Dritte Reich zu Ende ging, ein weiterer Typ heraus. Auch Helene Schwärzel zählte zu den Deutschen, die bis zum Schluß daran glaubten, daß der Führer diesen Krieg noch gewinnen werde. Es war aber noch eine Anzahl anderer Motive und die Besonderheit der Situation in Konradswalde, die schließlich zur Denunziation von Goerdel er geführt hatten.

Der Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in der Rüstungsproduktion und der Landwirtschaft war begleitet von drakonischen Bestrafungen für Arbeitsverweigerung, Unbotmäßigkeit u. ä. Besonders für die Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion galt, daß kleinsten Vergehen mit härtesten Strafen bis hin zur Todesstrafe geahndet werden konnten. Zugleich aber befürchteten die Rassenideologen der Nationalsozialisten, daß durch die Kontakte am Arbeitsplatz die rassistischen Einstellungen aufgeweicht werden könnten.

So stand jeder Umgang mit den Ausländern unter Strafe, was natürlich insbesondere auf dem Land nicht durchzuführen war. Diese Maßnahmen wurden von der Mehrheit der Deutschen akzeptiert, entsprachen sie doch der bereits in der Weimarer Republik tief verwurzelten Fremdenfeindlichkeit. Insbesondere typisch männliche Projektionen, etwa daß Italiener oder Franzosen, besonders aber die »Untermenschen aus dem Osten«, die deutschen Frauen verführen oder vergewaltigen würden, wurden nicht von den Nationalsozialisten erfunden. Das Regime benutzte sie aber bei der Entfaltung des Terrors: Eine deutsche Frau, die mit einem ausländischen Arbeiter oder Kriegsgefangenen sexuell verkehrte, wurde geächtet, der Zwangsarbeiter öffentlich hingerichtet. Einem

deutschen Mann, der mit einer Ostarbeiterin sexuell verkehrte, geschah nichts, die Ostarbeiterin kam ins KZ.


Justitia ist männlich

Die rechtshistorische und politische Dimension des Falls Schwärzel ist offenkundig. Von Bedeutung ist aber noch eine andere: In diesem Prozeß urteilten Männer über eine Frau. Es waren Männer, die aus einer ähnlichen gesellschaftlichen Schicht wie das Opfer der Angeklagten, Carl Goerdeler, stammten. Sie saßen zu Gericht über eine Frau, die ihnen an Herkunft und Bildung weit unterlegen war.

Die Richter werteten es in beiden Prozessen als straffverschärfend, daß ein so bedeutender Mann von einer so unbedeutenden Frau, einer Frau »kleinen geistigen Formats«, denunziert wurde. Es schien für sie unfaßbar, daß Helene Schwärzel lediglich aus Rechthaberei darauf beharrte, einen so großen Mann wie Carl Goerdeler zu kennen. Die Richter im Revisionsprozeß drückten dies auch sehr klar aus.


Gräßt man noch eine Schicht tiefer in den Schriftsätzen, so wird deutlich, daß sich die Richter am Kammergericht Berlin bewußt waren, daß dieses Dritte Reich nur zwölf Jahre existiert hatte. In dieser kurzen Zeit war es dem NS-Regime nicht gelungen, alle gesellschaftlichen Bereiche mit seinen verbrecherischen Vorstellungen zu durchdringen und vorals geltendes Rechtsgefühl zu vernichten.

Aber nicht nur die Richter, die meisten Deutschen wußten 1945, daß die Normen der Weimarer Republik jenseits des nationalsozialistischen Maßnahmenstaats» weiterhin Gültigkeit behalten hatten. Oder, wie es die Richter am Landgericht Siegen in einem anderen Denunziationsfall formulierten: »Jeder anständige Deutsche aber hat es damals, mochte die Verwirrung der Geister auch noch so groß sein, für sittenwidrig und verworfen gehalten, einen anderen zu denunzieren...«


Ernst Fränkel, Der Doppelstaat, Frankfurt/Köln 1974.


114

115


Eine Durchsicht anderer Urteile der Nachkriegsjustiz gegen Denunzianten und Denunziantinnen zeigt, daß zwar in der Regel die deutschen Richter beim Strafmaß keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen machten, aber sehr wohl in den Begründungen. Dies läßt auf eine unterschiedliche Behandlung der Angeklagten vor Gericht schließen.

Bei der strafrechtlichen Verfolgung von Denunziationen mußten die deutschen Richter nachweisen, daß die Angeklagten nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv unmenschlich gehandelt hatten. Bei männlichen Angeklagten wurde die Frage, ob sie auch subjektiv unmenschlich gehandelt hätten, also ob ihnen zum Zeitpunkt der Tat bewußt war, daß sie, obwohl sie sich im Einklang mit dem geltenden Recht befanden, dennoch gegen ein höheres Gebot der Menschlichkeit verstoßen hatten, in der Regel sehr knapp und nüchtern abgehandelt.

Nur in einem Fall der bis 1948 gesicherten Urteile führte das Gericht die Gefühlsroheit des Angeklagten, den es als geistig wenig beweglich kennzeichnete, als Begründung für die Strafe an. Standen Frauen vor Gericht, so finden sich in der Regel psychologisierende und moralisierende Wertungen. Selten wurde allerdings so deutlich wie in den Fällen Schwärzel und Maag gesagt, daß die Richter von einer Frau ein besonderes

1 Vgl. Nationalsozialistische Plakate z.B. aus dem Staatsarchiv Bremen.
2 s. Urteil Schadowinkels.

Sensibilität in Fragen der Moral erwarteten. Typisch sind eher bestimmte Attribute, die Emotionen beschreiben, wie im Fall einer Frau aus Freiburg, die ein ehemaliges Mitglied der SPD denunziert hatte. Sie war neidisch, daß dieser 1941 noch die Genehmigung zur Benutzung eines Geschäftswagens hatte, die ihr bereits entzogen worden war. Der Mann wurde verurteilt und anschließend in das KZ Mauthausen eingewiesen, wo er starb. Ihr wurde eine unbarmerzhige, mitleidlose Gesinnung attestiert: Sie habe sich jeder menschlichen Regung gegenüber verschlossen.

In einem anderen Fall, wo eine Frau ihren Vermieter wegen regimefeindlicher und defätistischer Äußerungen denunziert hatte, wurde der Denunziantin vorgehalten, daß sie diesen Mann nicht etwa aus »subjektiv ehrlicher politischer Überzeugung« angezeigt hatte, sondern aus Rachsucht, da sie einige Mietstreitigkeiten mit ihm hatte. Ihre so festgestellte, ungewöhnlich niedrige Gesinnung galt als strafverschärfend. Das Gericht wertete als besonders »fühlensroh«, daß sie mit der Witwe ihres Vermieters noch bis November 1945 unter einem Dach gelebt hatte. Der Mann war wegen defätistischer Äußerungen 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden. Die Angeklagte wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.


Schließlich setzte die Schwester einen Brief über die »Jüdin« an die Gestapo auf, in dem sie über regimefeindliche Äußerungen ihrer Schwägerin berichtete. Bruder und Schwester übergaben diesen Brief persönlich bei der Gestapo: Die jüdische Ehefrau wurde verhaftet, die Ehe geschieden, die Frau starb in Auschwitz. 1948 wurde der Mann zu acht Monaten, 

1 Ebd., Bd. I, Nr. 031.
2 Ebd., Bd. II, Nr. 051.

seine Schwester zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Liest man das Urteil, so wird unversehens das Opfer der beiden zur eigentlichen Täterin. Das Gericht scheint die Darstellung der Täter, die das Opfer als eine hysterische Frau, die in den Wechseljahren der eifersüchtigen Hyäne wurde, übernommen zu haben. Die Rolle des Ehemannes wurde nicht hinterfragt. Das Gericht kommentierte auch nicht die Äußerungen der Frau, die gesagt haben sollte, daß der Tag der Rache der Juden bald komme, der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne und die vielen Kinder, die im Bombenkrieg umgekommen seien, alle von Hitler ermordet worden seien. So entsteht das Bild einer häßerfüllten, leicht verrückten Jüdin, die ihrem Ehemann das Leben zu Hölle machte. Zwar konstatierte das Gericht, übrigens in völliger Verkennung der historischen Realität, daß der Mann sich von der Frau auch hätte trennen können, wenn er nicht zur Gestapo gegangen wäre: Er hätte sich nur scheiden lassen müssen. Dabei allerdings, und dies sagt das Gericht nicht, wäre die jüdische Ehefrau nicht besser geschützt gewesen und ebenfalls ins KZ gekommen.

Bereits 1948 scheint aus der Vorstellungswelt dieser deutschen Richter die reale, tödliche Bedrohung, in der diese Frau lebte, völlig ausgelassen zu sein: Der fragwürdige Schutz der Ehe in diesen Zeiten des Holocaust, die Angst um die Tochter, die Halbjüdin war, vielleicht um Verwandte, die bereits nach Auschwitz oder Theresienstadt transportiert wurden! Dabei hatten die Richter diese Zeit selbst als Erwachsene erlebt. Dieser Fall ist auch ein Beispiel dafür, daß abwertende sexualisierende Bilder von Weiblichkeit eine Rolle in den Urteilen spielen können, v. a. wenn sie mit rassistischen und antisemitischen Einstellungen verbunden werden.

habe aus Pflichtgefühl gehandelt: »... nur handelte es sich bei ihr nicht um ein echtes und menschliches Pflichtgefühl, sondern um das ungefähre Gegenteil davon, nämlich das verbogene und verdorbene, ja unmenschliche und mitleidlose Pflichtgefühl der Blockfrau und Vertrauten der Frauen- 

Bei Männern, die als Funktionsträger dieses Regimes vor Gericht standen, waren die Richter in der Regel anderer Meinung. So war in dem vorher genannten Freiburger Fall auch ein Polizeiwachtmeister angeklagt, der die Anzeige gegen den früheren Sozialdemokraten weiterleitete. Dem Polizisten wurde zugute gehalten, daß er in Ausübung seines Dienstes so habe handeln müssen, und er wurde freigesprochen. Das Gericht berief sich auf einen Kommentar von Otto Mayer aus dem Jahr 1924, daß erst dann Polizeibeamten etwas zur Last gelegt werden könne, wenn sie bei der Ausübung ihres Dienstes etwas Besonderes oder Persönliches tun. Dieser Grundsatz mag zwar gerade in diesem Fall einsichtig erscheinen, deutet jedoch auf die grundsätzliche Schwierigkeit einer juristischen Be-
wältigung des nationalsozialistischen Unrechtsystems hin.

In einem anderen Fall bewertete das Gericht Duisburg die Mitglieds-

Auch den beiden Zahlmeistern wurde zugute gehalten, daß sie als Soldaten ihre Pflicht getan hatten. Insbesondere Hellbusch hatte das Gericht beeindruckt. Während die Richter und die Presse Helene Schwär-
zl ihre Würde genommen hatten, behielten Hellbusch und Schadwinkel ihre »Soldatenerehr.« Schließlich hätten sie in dem Putsch »unermeßliche Gefahren für das Vaterland« sehen müssen. Die Verhaftung eines der Verantwortlichen, so kann man nur interpretieren, war einer deutschen Soldaten zur Ehre gerechene Tat.

Als kleinen Schönheitsfleck auf dem makellosen Soldatenrock wertete das Gericht, daß die beiden Zahlmeister ihre Belohnung angenommen hätten. Allerdings - so wurde auch dieser Makel getilgt - hatten sie nicht

1 Ebd., Bd. III, Nr. 47, S. 293.
Judasfrauen?


Zugleich aber erhielt die Beschäftigung mit dem Denunziantentum im Dritten Reich brennende Aktualität durch die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit in der ehemaligen DDR. Gerade weil in den alten Bundeslänn-

1 Helga Schubert, Judasfrauen: Zehn Fallgeschichten weiblicher Denunziation im »Dritten Reich«, Frankfurt/M. 1990.
2 Ebd., S. 20
3 Ebd., S. 24.
dern die Beschäftigung mit der Krake Stasi die Diskussion um die gemeinsame NS-Vergangenheit überlappt und zurückdrängt, mag die Beschäftigung mit dem Dritten Reich den Menschen in der ehemaligen DDR als Kompensation für die schmerzhafte Aufarbeitung der jüngsten Geschichte dienen. Die bisherige Tabuisierung der massenhaften Unterstützung des NS-Regimes auch und gerade durch Denunziation scheint zwar in der Forschung aufzubrechen, in der Öffentlichkeit jedoch wird diese Diskussion nicht geführt. Die Diskussion um die Stasi-Spitze hat die andere Vergangenheit noch weiter verdrängt.


Helene Schwärzel jedenfalls entzieht sich dem Konstrukt der »Judasfrau«. Auf den christlichen antisemitischen Untergrund des Begriffs, der schon während des Prozesses benutzt wurde, ist bereits hingewiesen worden. Zwar erhielt Helene Schwärzel eine Belohnung, aber es war nicht die Aussicht auf das Geld, die sie bewog, Goerdeler zu »verraten«. Sie versuchte auch nicht, einen privaten Konflikt dadurch zu lösen, daß sie jemanden bei den staatlichen Stellen anzeigte. Sie war auch nicht alleinige »Verräterin«, beteiligt waren zumindest die Kollegin B., die sie animierte, den Zeitel zu schreiben, und vor allem zwei Männer, die Zahlmeister Hellbusch und Schadowinkel.


Helene Schwärzel war zugleich Gefangene ihrer psychischen Struktur, ihrer Sozialisierung und ihrer Lebensgeschichte. Sie selbst beschrieb es sehr deutlich. Auf die Frage, ob sie nicht in der Situation über die Folgen ihrer Tat nachgedacht habe, antwortete sie: »Das Böse war eben stärker.« Diese Antwort hat auch eine Entlastungsfunktion: Wenn ein abstraktes Böses über sie kam, so war nicht sie selbst schuldig geworden. Ihr Schuldgefühl verließ sie jedoch nicht. In der Untersuchungshaft versuchte sie, zur katholischen Kirche überzutreten, erhoffte sie sich doch in der Beichte die Vergebung.

Über die weiblichen Anteile an der Geschichte des Nationalsozialismus


Auch das von Christina Thürmer-Rohr propagierte Konzept der Mütterschaft der Frau bleibt der Sichtweise, Frauen als prinzipielle Opfer von Männerherrschaft zu begreifen, verhaftet. Frauen werden in diesem Konzept zu Müttern, da sie sich in einer von Männern bestimmten Welt einrichten, sich den Vorstellungen der Männern anpassen und dementsprechend agieren. Frauen werden bei ihrem Bemühen um die Anerkennung der Männer in ihrer Menschlichkeit korrumpiert. Die Männer bleiben in diesem Konzept die Anstifter, Frauen handeln nicht als selbstständige Subjekte. Bleibt also die Frage, ob nun die Männer qua Geschlecht reine

Täter sind? Ist also ein Mann, der aus Angst um seine Familie einen Deserteur anzeigt, ein Täter, während eine Frau, die als NSV-Schwester einen Jungen dem Erbgesundheitsgericht zur Zwangssterilisation benennt, (nur) Mütterin ist?


Preis der Selbstentwertung, denn in der Opferrolle übernahmen Frauen wieder die männliche Sicht. Erst wenn Frauen dazu bereit sind, sich auch die negative Geschichte von Anpassung, Zustimmung, Unterstützung und Mitwirkung an den Terrormaßnahmen des Regimes anzuzeigen und damit den weiblichen Anteil am Holocaust zu akzeptieren, können geschlechts-


Karin Windaus-Walser geht noch einen Schritt weiter, indem sie die nationalsozialistische Definition des Geschlechterverhältnisses keineswegs in den Bereich der Männerphantasien verweist, sondern eine muttermächtige Logik mit der patriarchalen verbindet. »Fortpflanzungswahn und Vernichtungswille können nicht bloß als Ausdruck eines patriarchalen Herrschaftsanspruchs angesehen werden: Im Kult um die arische Mutter liegen auch matriarchale Machtansprüche auf der Hand.«

Es wäre also zu fragen, welche Bilder von Männern Mütter und Schwästen hatten und ob diese Bildbilder in die Söhne und Brüder einplanzen. Windaus-Walser spricht davon, daß Frauen immer versuchen, sich der nächsten Generation zu bemächtigen. In der nationalsozialistischen Euge- nik waren die Frauen die fast alleinigen Hervorbringer und Hütterinnen der nächsten Generation. Männer konnten auch im Auftrag und für die Interessen der Frauen töten. Zeigt nicht gerade die Geschichte des Nationalsozialismus, daß der Unterschied zwischen denen, die töten, und denen, die

1 Claudia Koonz, Mothers in Fatherland. Women, the Family and Nazi Politics, New York 1986.
3 Theweleit, a. a. O.
dazu anstiften, unter moralischen und politischen Kategorien jeweils neu zu definieren ist?

Zu den weiblichen Stützen des Regimes zählten neben den Frauen, die in untergeordneten Positionen etwa in der Wohlfahrts- und Fürengopolitik direkt und indirekt an der Umsetzung der nationalsozialistischen Rassehygiene beteiligt waren, auch diejenigen, die in der Rüstungsindustrie arbeiteten, die im Winterhilfswerk oder in anderen von den Nationalsozialisten geschützten weiblichen Bereichen tätig waren, und die große Zahl von Frauen, die wegsahen, wenn die jüdischen Nachbarn diskriminiert oder deportiert wurden. Zu ihnen zählte auch die große Zahl der Denunziantinnen, die sich entweder die Folgen einer Denunziation nicht überlegten, sie in Kauf nahmen oder die aus politischem Pflichtgefühl jemanden anzeigten.


Diese höhere Liebe, wie Alexander und Margarete Mitscherlich die leidenschaftliche Verschmelzung der Masse mit dem charismatischen Führer beschreiben, dürften Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise gelebt haben. Zugleich aber riß sie die Tagebuchseiten vom August 1944 heraus, als ob sie dadurch die Tat selbst ungeschehen machen wollte.

Diesem Geflecht von spezifisch weiblichen oder männlichen Verhaltensweisen, die das NS-Regime an der Macht hielten, nachzugehen, ist immer noch ein Desiderat. Dabei gilt es, auch Schuldzusammenhänge in ihrer geschlechtsspezifischen Verwobenheit zu entwirren. Der Mythos von der Unschuld der Weiblichkeit, in dem Frauen lediglich als Opfer der männlich dominierten NS-Politik erscheinen, wirkt bis heute weiter. Trotzdem wäre es zu einfach, ihn durch einen anderen, das Bild der »Judasfrau«, zu ersetzen.
Einige Bemerkungen zum Buch und dem Film »Die Denunziantin«

Thomas Mitscherlich


Die Zeit, in der unser Fall sich abspielte, ist für mich nicht entscheidend. Detlef Michel und mich interessierte der Vorgang als Parabel. Es ging um die doppelte Denunziation und um die Frage, was eine Denunziation überhaupt ist. Nach dem Gesetz buch ist sie nicht strafbar, aber das Wort selbst hat einen unbezahlbaren, unangenehmen Klang. Von Kindesbeinen an ist es uns zuwider, uns offen auf die Seite eines Denunzianten zu stellen. Die Einstellung der institutionalisierten Autoritäten - Schule, Gericht, Unternehmen, Staat - zur Denunziation ist zweisichtig. Selbst im NS-Staat wurde sie öffentlich als »unwürdige Erscheinung« bezeichnet, sie wird auch in unserem Alltag stigmatisiert, und doch wird der Informant heimlich belohnt und geschützt. »Eine Gesellschaft ohne Denunziation ist Anarchie«, sagt der Anwalt Paul Ronge im Film. In der Alltagssprache heißt es: »Der Verrat ist gewollt, aber der Verräter will keiner haben.«


Der Fall von Helene Schwärzel öffnet den Blick auf eine doppelte Denunziation: Helene Schwärzel als Täterin und Helene Schwärzel als Opfer. In dieser doppelten Perspektive lädt der Spielfilm zur Identifikation mit der Denunziantin ein: Er fordert die Zuschauer auf, eigene Anteile der Bereitschaft zum Anschwarzen, zum Petzen, zum Denunzieren zu entdecken. Ich habe mit Frauen und Männern gesprochen, die sich an die Fahndung nach Carl Goerdeler aus eigenem Erleben erinnerten, und ich habe sie gefragt, ob auch sie damals Carl Goerdeler denunziert hätten. Die meisten, vor allem die damals Jungen, haben die Frage bejaht.

Inge Marßolek stellt in diesem Buch die Denunziation in ihren politischen und sozialen Zusammenhang. Denunziation im Dritten Reich war keine Einzelerscheinung. Der Prozeß 1946 schrieb ein Stück deutscher Justizgeschichte.

Unser Film erzählt die Geschichte primär aus der Perspektive der Helene Schwärzel. Historische Hintergründe werden in den Bildern des Films und kaum in der Handlung selbst erzählt. Ein Spielfilm ermöglicht...


Die unbedeutende kleine Helene Schwärzel betritt zweimal die Bühne der großen Geschichte: In dem Moment, als sie Carl Goerdeler denunzierte, und in ihrem Prozeß, nachdem sie selbst denunziert worden ist. Der zweite Teil ihrer öffentlichen Geschichte, der Prozeß gegen sie, war die Ausnahme - der erste Teil, die Denunziation Carl Goerdelers, war die Regel.


Der Film erzählt den Fall daher nicht chronologisch, sondern beginnt mit der Darstellung der Umstände, die zur Denunziation von Helene Schwärzel führten, ihrer Verhaftung und der Anklage vor Gericht, und schildert erst dann ihre Tat, ihren »Verrat«. Wir haben versucht, den Alltag präzise darzustellen, um dem Zuschauer die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Bild zu machen. Die simple Verurteilung einer Denunziantin ist einfach - ein solches Verurtei- len erklärt nicht, warum Denunziationen zitansendmal geschahen und die Bereitschaft dazu millionenfach vorhanden war. Ein einfaches Verurteilen erklärt auch nicht, warum eine Frau wie Helene Schwärzel die einzige Person war, die wegen des Justizmordes an Carl Goerdeler wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« verurteilt wurde.

Die Geschichte scheint sich zu wiederholen: In der ehemaligen DDR werden die inoffiziellen Mitarbeiter, die IMs geoutet, die Führungsoffizie- re, die Offiziere der Stasi oder die Parteifunktionäre der SED bleiben weitgehend ungeschoren.

Die herausgerissenen Tagebuchseiten

Axel Eggebrecht


Denn wer schreibt heute Tagebücher?

Junge, suchende Menschen; die natürlich. Dann erslesne, wesentliche Geister, um ihre Überfülle zu sichten. Endlich gerade solche, die nun ganz und gar nichts aufzubewahren haben, sich aber die eigene Bedeutsamkeit gern täglich schwarz auf weiß beschönigen. So war es wohl auch hier.

Denn dies eine wenigstens hat der Vernichtung der Blätter erwiesen: daß diese Frau irgendwann ein Gewissen bekam. Ungewiß bleibt nur, ob aus Einsicht - oder aus bloßer Angst.


Was alles taten oder unterließen wir aus Furcht - und was aus redlicher Einsicht? Mit dieser Frage beginnt, jenseits aller Ausschüsse und Fragebogen, die Reinigung in jedem einzelnen. Wir können ihr ausweichen; so wenig, wie Helene Schwärzel ihren Richtern entging, weil sie ein paar Tagebuchseiten herausriß, welche in Wahrheit nur für sie selbst Bedeutung hatten.

1 Dieser Text erschien erstmals 1946 und wurde 1980 von Charles Schüdderkopf (Hg.) in: Vor den Toren der Wirklichkeit; Deutschland 1946-47 im Spiegel der Nordwest-deutschen Hefte, Bonn, S. 113-114, wiederveröffentlicht. Wegen seiner grundlegenden Bedeutung wird er hier ungekürzt zitiert.
Bildnachweis

S. 22: Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin
S. 31: Landesbildstelle Berlin
S. 37: K.W. Schütz Verlag
S. 50: Stiftung Deutsche Kinemathek, Berlin
S. 63: Droste Verlag
Die übrigen Abbildungen wurden dem Verlag von der Autorin zur Verfügung gestellt.

Zur Autorin

Inge Marßolek, geboren 1947, ist Historikerin an der Forschungs- und Bildungsstätte zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Lande Bremen e.V.

Katharina Thalbach
Die Denunziantin

Zeitgeschichte in der Edition Temmen

Andreas Wojak
**Moordorf**
Dichtungen und Wahrheiten über ein ungewöhnliches Dorf in Ostfriesland
320 S., 90 Abb., Karten, Hardcover, 17x24 cm
ISBN 3-926958-83-9, DM 32,00

«Das Ergebnis mehrjähriger Forschungen in den Archiven und am Orte, wo er mehr als sechzig Menschen befragt hat, ist eine verständliche, spannend zu lesende sozialhistorische Studie, ein nach Methode, Inhalt und liebevoller Ausstattung rundum schönes Buch.» (Die Zeit)

W. Borgsen, K. Volland
**STALAG XB Sandbostel**
Zur Geschichte eines Kriegsgefangenen- und Auffanglagers in Norddeutschland 1939-1945
298 S., 125 Abb., Dokumente, Karten, Hardcover,
ISBN 3-926958-85-5, DM 32,00
2. Auflage


Bitte Gesamtkatalog anfordern!

**EDITION TEMMEN**
Hohenlohestr.21 — 28209 Bremen
Tel. 0421-344280/341727 — Fax 0421-348094
Hans-Peter Klausch
Antifaschisten in SS - Uniform
Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtsflüchtlinge in der SS-Sonderformation Orlewang
590 S., 50 Abb., Karton, Pb.,
ISBN 3-86108-201-2, DM 29,00
Eine umfassende Darstellung der im Zweiten Weltkrieg berüchtigten Sonderformation »Orlewang«, die sich paradoxerweise zum überwiegenden Teil aus Mitgliedern jener Gruppen zusammensetzte, die als Gegner des NS-Regimes in den Lagern und Gefängnissen inhaftiert gewesen ware und in dieser »Bewährungseinheit« an den gefährlichsten Frontabschnitten eingesetzt wurden.

F. Fietz(Ausländcr (Hg.)
Verräter oder Vorbilder?
Deserteure und ungehorsame Soldaten im Nationalsozialismus
204 S., Paperback
ISBN 3-926598-26-X, DM 19,80
Erst seit wenigen Jahren bemühen sich Historiker, die verdrängte und vergessene Geschichte von Ungehorsam, Verweigerung und Widerstand in der Deutschen Wehrmacht aufzuarbeiten. Im vorliegenden Sammelband werden zentrale Aspekte des aktuellen Themas erstmals zusammenfassend vorgestellt.

Bitte Gesamtkatalog anfordern!

Edition Temmen
Hohenlohestr.21 — 28209 Bremen
Tel. 0421-344280/341727 — Fax 0421-348094